# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatl. 6 M durch Boten bezogen monatlich 6.75 M; bei Postbezug monatlich 7 M frei Haus. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 30 J. Postscheckkonto Leipzig 16654. Geschäftsstelle Hälterstr. 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

**Anzeigenpreis** Der 5gesp. Millim. Satzraum 35 J und der 3gesp. Millim. Reklameraum M 1.50. Die laufende Monatsquittung wird vom Betieber auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 J., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet

Nr. 266. Freitag, den 11. November 1921. 161. Jahrgang


## Tageschronik

Die Vorschläge der Industrie zur Kredithilfe werden von der linksgerichteten Presse schroff abgelehnt.

Die Linksradikalen sagen der großen Koalition und den Sozialdemokraten schärfste Opposition an.

Die Reparationskommission will die Börsengeschäfte der deutschen Großbanken kontrollieren.

Frankreich wird England eine schroffe Antwort wegen der Beschwerde über den Angora-Vertrag erteilen.

## Die Verhandlungen über die Kredithilfe.

### Die Vorschläge der Industrie.

Am Donnerstag vormittag hat zwischen den Industrievertretern und dem Reichskanzler Dr. Wirth eine längere Besprechung stattgefunden wegen der Kredithilfe der Industrie. Anwesend war nur ein kleiner Teil von Herren, darunter Stinnes, Fritz Thyssen und Hugenberg, sowie Karl von Siemens.

Der Sprecher des Reichsverbandes Dr. Sorge führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus: Abgesehen von der unter Mitwirkung der Parlamentsinstanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln kommen zunächst Alle der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen,

mit der Reichseisenbahn beginnend,

die sonst in öffentlichen Händen befindlichen Betriebe

in privatwirtschaftliche Form zu bringen.

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahn ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird. Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit

großzügigen Siedlungen

erfolgen, die wieder an sich und ihrer örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Personen sicherstellen. Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem

Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf dieser Grundlage wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Aenderung des Londoner Ultimatums sich nicht schon aus den vorher angedeuteten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der angestrebten neuen Organisation der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen. Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diese jetzt freiwillig übernommenen Kredite zur Verfügung stellen, in zu vereinbarender Weise entsprechende Entlastung gewähren.

## Die Reparationskommission in Berlin.

### Empfang beim Reichskanzler.

Am Donnerstag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten Dubois geführt wurde. In der Aussprache, die leidlich einleitenden Charakter trug, gab der Reichskanzler einen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teile der ausländischen Presse verbreitete Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere. Ueber den Gang der weiteren Verhandlungen und ihre voraussichtliche Dauer können vorläufig Mitteilungen nicht gemacht werden.

Wie die „Frankf. Ztg." erfährt, soll der Beschluß der Reparationskommission, sich nach Berlin zu begeben, über den Kopf Frankreichs hinweg gefaßt worden sein. Gegenüber dem Mehrheitsbeschluß der Reise sei den französischen Delegierten nichts anderes übrig geblieben, als sich der Reise anzuschließen, um die französischen Interessen nicht unvertreten zu lassen. Frankreich werde sich unter allen Umständen einem deutschen Verlangen nach Aufhebung der im Artikel 248 geforderten Haftung des Besitzes und der Einkünfte des Reiches ebenso widersetzen, wie einer von Deutschland etwa geäußerten neuen Zahlungsfestsetzung auf Grund des Art. 234. In beiden Fällen dürften von der Reparationskommission Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden und das Veto Frankreichs würde genügen, derartiges zu verhindern.

### Einsicht in die Börsengeschäfte der Banken gefordert.

Wie der „Matin" aus Berlin meldet, wird der Wiedergutmachungsausschuß kraft seiner unbeschränkten Vollmachten sich das Register der Börsenaufträge der deutschen Groß-Banken vorlegen lassen. Sollte dadurch der Beweis erbracht werden, daß der Zusammenbruch der Mark auf eine finanzielle Verschwörung zurückzuführen sei, so werde der Wiedergutmachungsausschuß Zwangsmaßnahmen in Aussicht nehmen können. Sollte jedoch diese Frage, was nach dem Blatte wenig wahrscheinlich ist (!), zugunsten des Reiches gelöst werden, werde der Ausschuß die Gewährung einer Anleihe studieren, die Deutschland gestatten würde, sich von seinen Schulden im Laufe der Zeit zu befreien.

### Neue Drohungen Frankreichs.

Das „Journal" erwartet von der Reise der Wiederherstellungskommission nach Berlin für Frankreich wenig erfreuliche Ergebnisse. Es scheint bereits damit zu rechnen, daß es zu einer energischen Aktion Frankreichs kommen werde; denn es schließt seinen Artikel mit dem Satz:

Da eine Uebereinstimmung mit den übrigen Alliierten wegen der Ergreifung von Pfändern nicht zu erreichen wäre, so müsse Frankreich sein kaltes Blut bewahren, um sich klar zu sein, daß es unter dem Druck seiner Siege nicht sterben dürfe.

Der Reichskanzler nahm diese Mitteilung entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industriellen mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

### Kreditaktion und Koalitionserweiterung.

Wie aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, ist die Industrie der Meinung, daß eine angemessene Veränderung des Reparationsmodus herbeigeführt wird, die sich in erster Linie auf die Zahlungsfristen beziehen muß. Vor allem soll verhindert werden, daß das Geld verschwendet wird, da, wenn die Entente den Zahlungsmodus nicht verändern würde, Deutschland doch nicht mehr in der Lage wäre, seine Reparationsleistungen einzuhalten. Aus parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß Gerüchte, die die Kreditverhandlungen und eine Erweiterung der Koalition nach rechts in Zusammenhang setzen, aus der Luft gegriffen wären. Solche Verhandlungen können überhaupt erst dann stattfinden, wenn der gesamte Steuerkomplex und die Kreditfragen vollständig zu übersehen sind, und die Verhandlungen einen Verlauf genommen haben, der der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit des Eintrittes in die Regierung geben würde. Nach der Meinung, die in parlamentarischen Kreisen vorherrscht, deckt sich der Standpunkt der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu den Steuern vollständig.

## Deutsche Zukunft.

Der Ertrag dieses Sommers, des bisher an Enttäuschungen reichsten, war die Zerklüftung des deutschen Volkes in zwei Heerhaufen, die das Trauergefolge beim Begräbnis der deutschen Währung bilden.

In Washington verhandelt man über das Schicksal der Welt. Briand ist schon da, Lloyd George wird, vielleicht kommen. Trotz des Widerstrebens der Vereinigten Staaten soll, so heißt es, die Finanzlage Europas behandelt werden, während in Deutschland die Reparationskommission eingetroffen ist, um über die deutsche Zahlungsfähigkeit Aufschluß zu erlangen. Vor einigen Tagen hat die deutsche Industrie den Beschluß gefaßt, sich unter bestimmten Voraussetzungen an der Sanierung des deutschen Reiches zu beteiligen, indessen eine Pariser Meldung wissen will, daß die Reparationskommission die sofortige Zahlung von 100—200 Millionen Goldmark als Vorschuß auf die am 15. Januar fällige Rate fordern werde. Geschieht das nicht, wird sich Frankreich an den natürlichen Reichtümern Deutschlands schadlos halten. Gleichzeitig schlägt man vor, die beiden Rheinufer zu neutralisieren und alle internationalen und strategischen Eisenbahnen Deutschlands zu beseitigen. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen werden in nächster Zeit wohl ebenfalls anfangen. Dann wird von polnischer Seite vielleicht eine gleichgerichtete Forderung auftreten, die die Neutralisierung der Oder verlangt und die Beherrschung des reichlichen Industriegebietes durch Polen mit sich bringen würde.

Auf diesen politischen „Erfolgen" beruht die künftige deutsche Politik. Die deutsche Oeffentlichkeit wendet ihre Blicke hilfesuchend nach dem Auslande und erhofft dies und jenes von der Konferenz in Washington. Man glaubt immer noch an Wunder! Es gibt aber nur ein Wunder, das uns in unserer gegenwärtigen Lage retten könnte und dies Wunder, heißt Selbstbesinnung. „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott." Wir müssen, ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten, auf doktrinäre Forderungen unser Wirtschaftsleben in Ordnung bringen und die Grundlage dieses Aufbauprogramms kann nur in der Förderung der Unternehmungslust, in der Hebung des Vertrauens liegen, nicht aber in der Androhung von Konfiskationen, die der Sozialdemokratie immer noch, trotz des Zusammenbruches der Sowjetwirtschaft, als das einzige Heilmittel moderner Wirtschaftspolitik erscheint.

Der Reichstag berät in seinen Ausschüssen das Steuerprogramm der Reichsregierung. Unsere Steuerprogramme haben den Nachteil, daß alle Vorberechnungen Vorverrechnungen sind. Sie sind überholt, ehe sie vorgelegt werden. Die Frage ist angebracht, ob wir mit den bisherigen fiskalischen Methoden überhaupt weiter kommen werden, ob nicht alle Versuche, mit einem Heer von Beamten das Geld aus den Taschen der Steuerzahler zu locken, von vornherein zum Fehlschlag verdammt sein müssen. Die Staatswirtschaft ist bankerott, darüber ist kein Wort zu verlieren. Die Frage lautet, können wir mit den Methoden der Staatswirtschaft, welche die sozialistischen Parteien liebgewonnen haben, oder können wir nur mit den Mitteln der Privatwirtschaft den Weg aus dem ökonomischen Sumpfe finden. Es wird der Gedanke erwogen, ob sich nicht ein politischer Erpressungsversuch als ertragreich erweisen würde; ob man nicht an der Spitze der Arbeiterbataillone das „widerspenstige" Bürgertum, das „steifnackige" Kapital, die „rücksichtslose" Industrie zum Nachgeben zwingen könnte, um die Goldwerte zur Zahlung der inneren und äußeren Lebensbedürfnisse der dreijährigen Republik zu erhalten. Diese Frage findet sich im Buch der Erfahrung schon beantwortet. Was daraus werden würde, wenn man das rheinische Industriegebiet, wenn man Gewerbe, Handel und Verkehr zusagen in Reichsregie nehmen würde, das zeigen die Staatseisenbahnen, zeigen alle öffentlichen Unternehmungen, die jetzt unseren Staatssäckel belasten und nicht füllen. Auf diesem Wege gibt es keine Rettung. Der Deutsche hat den Trieb Beamter zu werden, er scheut die kühle Luft der Selbsthilfe, ihm ist nicht wohl dabei. Diese aber gilt es zu fördern. Sie kann nur gefördert werden in gemeinschaftlicher Arbeit, die dem Tüchtigen den Vorrang, die der Arbeit ihr Verdienst läßt. Dazu bedarf es nur eines Entschlusses. Dieser Entschluß wird aber nur dann sein Ziel erreichen, wenn eine gesammelte Nation hinter ihm steht, die gewillt ist, die Erfahrungen der Jahrhunderte zu achten und für die Zukunft zu arbeiten. Gelingt es, diesen Entschluß glaubhaft zu machen, und mit entschlossener Hand in das Speichen des Schicksalsrades zu greifen, dann werden wir die Kräfte der Welt an uns ketten, die heute die Beteiligung am deutschen Reiche deswegen scheuen, weil sie kein Vertrauen in unsere nationale Kraft besitzen.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0001

## Scharfer Protest der Gewerkschaften und der Eisenbahner.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes haben eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Wir sehen in den Entschlüssen des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die steuerliche Vorschußleistung Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrechtung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen. Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

Gestern waren Vertreter der Gewerkschaften der Eisenbahnbeamten- und -Arbeiter sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichseisenbahn zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entflechtung der Reichseisenbahnen zu erörtern. Alle Organisationen und die Betriebsräte sprachen sich mit großer Schärfe gegen jede Veränderung der Betriebsform der Reichseisenbahnen aus. Sie überreichten dem Reichsminister eine dahingehende Entschließung zur Weitergabe an die Reichsregierung.

### Berliner Pressestimmen.

Die „Deutsche Allg. Ztg." weist auf die mit einem völligen Zusammenbruch gleichbedeutende Finanzlage und auf die Unzulänglichkeit der Steuerpläne hin. In einer solchen Situation bedürfe es großer und vieler Pläne, um zu retten, was zu retten ist. Es könne nicht länger verantwortet werden, daß das Reich und die öffentlichen Körperschaften sich noch weiter, mit Betriebsverwaltungen herumschleppen, die ihnen und mit ihnen den Steuerzahlern keine Vorteile, sondern eine unendliche Last bedeuten. Die sozialen Fragen und die Rechte des Eisenbahnpersonals würden durch eine Uebernahme der Eisenbahnen in Privatbetriebe nicht gefährdet. Ueber die notwendigen Aenderungen des Friedensvertrages, der dem Eisenbahnplane entgegensteht, sowie über den Abbau der unmöglich noch weiter zu tragenden Reparationsverpflichtungen müsse mit den ehemaligen Gegnern verhandelt werden. Aber auch, wenn eine Aenderung des Friedensvertrages nicht zu erzielen sei, würde die Industrie dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen erforderlichen Kredite verschaffen.

In der „Voss. Ztg." lehnt Bernhard die Bedingungen der Industrie ab. Wenn sie jetzt die Erfüllung ihrer Steuerpflicht — denn etwas anderes ist ihre Kreditgarantie nicht(!) — an Bedingungen knüpft, so ist das ein Vorgehen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht klar zu sein scheint. Denn was dem einen Steuerzahler recht ist, ist dem anderen billig. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß die Regierung auf dieser Grundlage mit der Industrie verhandeln kann. In der „Freiheit" wird die gesamte Arbeiterklasse zum schärfsten Kampfe aufgefordert und von einer Erpressung des Großkapitals gesprochen. Die „Rote Fahne" spricht von einem Raubplane und fordert, die SPD., die USPD und die Gewerkschaften müßten jetzt offen und eindeutig erklären, was sie gegen diesen Angriff der Industrie tun wollten.

* *
*

## Die Opposition der Linken gegen die große Koalition.

Wie unser Berliner Vertreter hört, haben die Unabhängigen und die Kommunisten beschlossen, nicht nur gegen die Preußische Regierung, sondern auch gegen die sozialdemokratische Partei in schärfste Opposition zu treten, solange sie in einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei bleibt. Die Unabhängigen rechnen damit, daß die Mitglieder der Sozialdemokraten, die gegen diese Koalition der Sozialdemokraten sind, nunmehr zu ihnen abwandern werden.

### Für die berufsmäßige Schulung der Richter.

Die Vereinigungen der deutschen Juristen und Hochschullehrer dieses Faches protestieren öffentlich gegen den im Landtage gestellten Antrag, nach dem hervorragend befähigte, praktisch erfahrene Personen aus allen Volkskreisen nach Ablegung der Gerichtsassessorenprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben.

### Das Ende der außerordentlichen Gerichte.

Die Beendigung der Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte wird durch einen Erlaß des Reichspräsidenten auf den 15. November festgesetzt. Die Tätigkeit der dazu gehörigen Anklagebehörden endet mit dem 15. Dezember. Nichtbeendete Verfahren gehen dann an die ordentlichen Gerichte über.

### Angestelltenstreik in der Reichsversicherungsanstalt.

In der Reichsversicherungsanstalt in Berlin-Wilmersdorf sind gestern sämtliche Angestellte in den Streik getreten. Sie verlangen für sich die Einführung einer Besoldungsordnung, die der Reichsbesoldungsordnung entspricht.

### 8 Milliarden Mark für Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene

Im Rechtsjahr 1921 wurden für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene aus dem Weltkriege über 8 Milliarden Mark aufgewendet.

### Gegen die unabhängigen sächsischen Minister.

Der Antrag der bürgerlichen Fraktionen des Sächsischen Landtages auf ein Mißtrauensvotum gegen die Minister Lipinski und Fleißner ist auch auf den Minister Fäckel ausgedehnt worden.

* *
*

## Notschrei deutscher Ansiedler in Polen.

Am Donnerstag ist ein Telegramm aus Bromberg an den Völkerbund gerichtet worden, in dem es heißt: Viele tausende deutschstämmiger Bauernfamilien sind in krasseste Verletzung des Minderheitsschutzes von der polnischen Regierung aufgefordert worden, ihre Besitzungen bis zum 1. Dezember zu räumen. Kraftlos ihres Eigentums beraubt, werden diese Familien mitten im Winter mittellos auf die Straße gesetzt. Wir erbitten dringend sofortigen Schutz.

### Vor den oberschlesischen Verhandlungen.

Am Donnerstag fand im Reichstage unter dem Vorsitz des deutschen Bevollmächtigten für die deutsch-polnischen Verhandlungen Schiffer eine Sitzung der oberschlesischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten statt. Schiffer gab einen Ueberblick über die bisherigen Vorarbeiten. Bisher hat die Botschafterkonferenz der deutschen Regierung noch keine Meldung über Ort und Zeit der Verhandlungen oder den neutralen Vorsitzenden gemacht. Auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft legt Schiffer den größten Wert. Schon jetzt sind für die Unterkommission „Rollwesen", die sich auch mit der Fragen der Ein- und Ausfuhr zu beschäftigen haben wird, Arbeitervertreter und Gewerkschaften der verschiedenen Richtung zu Sachverständigen bestellt worden.

## Deutschland reif für den Bolschewismus?

Wie aus Petersburg verlautet, verfolgt die Exekutive der kommunistischen Internationale mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland. Die Exekutive ist überzeugt, daß es der Marxburx dem sowjetischen Umsturz näher gebracht hat, als der Märzaufstand in Mitteldeutschland. Die außerordentliche Hochsonjunktur in der Industrie und die Abnahme der Arbeitslosigkeit ist nur vorübergehend und die Folge des unvermeidlichen katastrophalen Rückschlags sei die Verelendung nicht allein der breitesten Arbeitermassen, sondern auch kleinbürgerlicher Elemente, sowie der niederen und mittleren Beamtenschaft, wodurch alle der Sowjetisierung in die Arme getrieben werden.

### 6000 Amerikaner bleiben am Rhein.

Der amerikanische Senatsausschuß hat mit allen gegen zwei Stimmen das Verbleiben der amerikanischen Truppen am Rhein auch für das Jahr 1922 beschlossen. Die Heeresstärke wurde mit 6000 Mann angegeben, wovon etwa 1500 Mann ständig beurlaubt seien.

---

## Um den Angora-Vertrag.

### Eine entschlossene Antwort an England.

Briand hat Berthelot beauftragt, eine scharfe Antwort auf die englische Note abzufassen, in der das französisch-türkische Abkommen verurteilt wird.

### Eine kemalistische Anleihe in Frankreich.

Sofort nach dem Eintreffen der Ratifikationsurkunde von Frankreich hat das Parlament in Angora die kemalistische Regierung ermächtigt, eine Anleihe von 10 Millionen türkischen Pfund in Frankreich abzuschließen. — Ferid Bey ist zum Botschafter in Paris ernannt worden.

### Pessimismus in England?

Die englische Regierung und Sinnfein kamen überein, für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen eine angemessene Kündigungsfrist zur Beendigung des Waffenstillstandes zu gewähren.

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die Regierung in den nächsten Tagen im Oberhaus als eine der ersten Maßnahmen eine Vorlage betreffend die Reform des Oberhauses einbringen wird.

### England erkennt Albanien an.

Die englische Regierung beschloß die sofortige Anerkennung der albanischen Regierung.

Der Völkerbundsrat wird am 18. November in Paris zusammentreten, um die albanische Frage zu regeln.

### Ausrufung der Sowjetherrschaft in Montenegro?

Der serbische Vormarsch in Albanien ist auf eine Gegenoffensive gestoßen. In Montenegro wurde die Sowjetrepublik ausgerufen. Italien befolgt eine abwartende Haltung.

### Briands Rückkehr aus Amerika.

Briand wird gegen Ende dieses Monats nach Frankreich zurückkehren. Loucheur wird an seine Stelle treten.

Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington hat Präsident Harding die Absicht, den Bau von Kriegsschiffen während der ganzen Dauer der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz in Amerika zu unterbrechen. Der Präsident werde diese Entscheidung in seiner Eröffnungsrede bekanntgeben.

### Noch schlimmer als bei uns!

Der amerikanische Kongreß beschäftigte sich mit den Posträubern. Für Großnewyork wurden Marinesoldaten zur Bewachung des Postverkehrs zu den Postämtern befohlen. Vier Panzerpostautomobile sind für den Geldverkehr bestimmt worden. Neben dem Fahrer und im Innern der Wagen sitzen bewaffnete Postbeamte. Marinesoldaten sollen auf alle Postzüge verteilt werden.

---

## Aus Stadt und Umgebung

### Großes Schadenfeuer in den Ambi-Werken.

* Gestern abend gegen 6 Uhr zeigten die Glocken durch Anschlagen an, daß in unserer Stadt ein Feuer ausgebrochen sei. Es brannte in den Ambi-Werken. Kurz vor 6 Uhr wurde von einem Wächter bemerkt, daß im hinteren Gießereigebäude ein kleines Feuer im Entstehen sei, und zwar fing eine Holztreppe an zu brennen. Während die Feuerwehren alarmiert wurden, versuchte man, mit Minimax-Apparaten zu löschen, was jedoch nicht gelang, da das Feuer an den trockenen Balken rasch Nahrung fand und man an den Brandherd wegen großer Rauchentwicklung nicht heran konnte. ½7 Uhr rückten die beiden städt. Wehren und die Blancke'sche Wehr an und begannen sofort mit 8 Schlauchleitungen dem Feuer zu Leibe zu gehen. Inzwischen hatte das Feuer einen so großen Umfang angenommen, daß die Flammen haushoch emporschlugen, und ein starker Funkenflug auf die Steinstraße niederging. Kurz nach ½7 Uhr kam auch die Motorspritze des Leuna-Werkes an und griff mit 2 starken Schlauchleitungen ein. Darauf gelang es den Bemühungen der Wehren das Feuer zu dämpfen und auf den Brandherd zu beschränken. Den Feuerwehren gelang es, die an den Brandherd stoßenden Gebäude zu retten. Gefährlich wäre es geworden, wenn das Feuer auf dem Grauschen Holzplatz übergegriffen hätte.

Um 7 Uhr merkte man, daß das Feuer nachließ, um ¼8 Uhr war die Gefahr beseitigt. Das Gießereigebäude ist bis auf die Brandmauern niedergebrannt. Der Brandherd zeigt ein wüstes Durcheinander von verkohlten Balken, eingestürzten Mauern und herumliegenden Rädern und Eisenteilen. Der Sachschaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb des Werkes selbst erleidet keine Unterbrechung. Als Ursache des Brandes wird angenommen, daß der einem Guß herumspritzende Teilchen der Gußmasse in das Holz gesprungen sind.

Hervorzuheben ist vor allem nach unserem Beobachten das außerordentliche Wirken der Leunaer Motorspritze. Unsere Stadt erwägt schon seit langem das Anschaffen einer Motorspritze, die unbedingt bei größerem Feuer nötig erscheint. Wir hatten schon vor kurzem einen Aufruf zur Sammlung von Geldern für dieselbe gebracht. Hoffentlich finden sich wohltätige Mitbürger, die die Stadt bei ihrem Vorhaben unterstützen.

### Tagesordnung zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

1. Festsetzung der von der Landwirtschaftskammer zu gewährenden Entschädigung für Reinigung, Heizung und Beleuchtung der Räume der landw. Winterschule.
2. Deckung der zur Anschaffung von Milchkühen für Gut Werder bewilligten 94 000 Mk.
3. Anschaffung von Nähmaschinen für die hiesigen städtischen Schulen.
4. Anschaffung von 2 neuen Bänken für das Lyzeum.
5. Abänderung des § 6 der Ortssatzung über die Anstellung und Versorgung der Gemeindebeamten der Stadt Merseburg.
6. Erhöhung der Entschädigung für den Leiter des Knabenhortes.
7. Nachbewilligung von Mitteln für Instandsetzungsgeblühren in der Hausmeister-Wohnung im alten Rathaus.
8. Nachbewilligung von Mitteln für die ausgeführten Instandsetzungsarbeiten in der Heizung im alten Rathaus.
9. Nachbewilligung von Mitteln für den Haushaltsplan der Bauverwaltung für 1919.
10. Nachbewilligung von Mitteln für Instandsetzungsarbeiten im Lyzeum.
11. Ortssatzung gemäß § 1a des Kommunalabgabengesetzes.
12. Erhöhung der Preise für Gas und Wasser.
13. Erhöhung der Preise für elektrischen Strom.
14. Gebührenordnung für erfolglos eingelegte Rechtsmittel in Steuer- und Gebührensachen.
15. Instandsetzungsarbeiten an den Baracken an der Weißen Mauer.
16. Erhöhung der Vergütung des Direktors am Lyzeum für Beschaffung von Schreibmaterialien.
17. Erhöhung der Entschädigung aller Hausmeister der städtischen Schulen.
18. Einrichtung eines Stadtschuldbuches.
19 Wahlen. Mitgl. der Gebäudesteuer-Veranlagungskommission.
20. Antrag Wetzel auf Bewilligung von 5000 Mk. für die Hungergebiete in Rußland.

### Die galoppierenden Eisenbahntarife.

**Erhöhung der Gütertarife ab 1. Dezember um 50 Prozent.**

* Amtlich wird durch W. T. B. gemeldet:

Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 6,6 Milliarden beziehert. Inzwischen haben sich die Ausgaben infolge der Gehaltserhöhungen im August und Oktober und infolge der starken Steigerung der Materialpreise um 10,5 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertarife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentarife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tariferhöhung im Güter- und Personenverkehr um je 50 Prozent in Aussicht nehmen müssen. Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertarife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zu Gunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsartikel und den Absatz ihrer Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorgesehen ist. Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertarife werden dem vorläufigen Reichseisenbahnrat vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertarife zum 1. Februar eingeführt werden können. Auch im Personenverkehr wird die Tariferhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tariferhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. 12. 1921 ab den Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten zu lassen.

### Die Leipziger Krystallpalastsänger im Tivoli.

* Wer für ein paar Stunden seine Alltagssorgen vergessen wollte, der tat gut daran, gestern das Gastspiel der Leipziger Krystallpalast-Sänger zu besuchen. Der Saal war bis auf den allerletzten Platz gefüllt (!) und es wird wohl ein jeder auf seine Rechnung gekommen sein, denn es wurde gelacht und immer wieder gelacht. Der Abend wurde eingeleitet von einem humoristischen Wechselgesang, der durch das originelle Verschmelzen der neuesten und allerneuesten Schlager die Lachmuskeln löste. Als dann gar A. Preil in seinen Originalvorträgen vor die Rampe trat, wollte das Lachen fast kein Ende nehmen. Den ersten Teil des Programms beschloß eine Posse, die origineller und besser gar nicht vorgeführt werden konnte. Der 2. Teil des Programms wurde durch ein Quintett: „Das Mutterauge" eingeleitet, ein ernstes Stück, das von den Sängern in vollendeter Weise zu Gehör gebracht wurde. Besonders erwähnt zu werden verdient Herr W. Kunzmann, der mit seinem Tenor das Stück wunderbar ausschmückte und verschönte. Der Höhepunkt des Abends wurde unzweifelhaft durch das Auftreten des beliebten Komikers Kurt Hillmann erreicht. Schon daß er sich in der originellen Kleidung eines Fußballspielers präsentierte, erweckte beim Publikum stürmische Heiterkeit. Anschließend zeigte uns Herr Kunzmann in zwei Sologesangstücken nochmals die Stärke und Reinheit seiner Tenorstimme. Die beiden Stücke wurden sehr gut zu Gehör gebracht und der Beifall blieb selbstverständlich nicht aus. Den Abend beschloß würdig ein Lebensbild, betitelt „Pflicht und Liebe". Warum gerade die Bezeichnung „Pflicht und Liebe" gewählt wurde, ist unklar. Aus dem Inhalt des Stückes kann man diese Bezeichnung nicht finden. Das Stück selbst wurde tadellos aufgeführt. Wieder war es Herr Hillemann, der als Markthelfer Bohrmann durch seine Komik, die ihm anscheinend zur zweiten Natur geworden ist, die Lachmuskeln immer und immer wieder in Tätigkeit treten ließ. Als ein Original wurde ebenfalls A. Preil als Theo v. Klingenbach viel belacht. Alles in allem: ein wohlgelungener Abend.

### Von Eberhard König und seinem „Gevatter Tod"

**(Zur Aufführung am 14. 11. — 142. Bildungsabend.)**

Die Leitung der Bildungsabende schreibt uns:

Der wissensdurstige, moderne Mensch bewaffnet sich beim Lesen der Ueberschrift natürlich sogleich mit etlichen Literaturgeschichten. Mit dem Erfolg, daß er über Eberhard König nichts findet. Eberhard König wurde 1871 in Grünberg (Schlesien) geboren. Auf seine seelische Entwicklung war von Einfluß seine Mutter. Die Eltern ziehen nach Berlin und hier besucht König das Leibniz-Gymnasium. Die Neigung trieb ihn zur Malerei und Plastik, auf des Vaters Wunsch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0002

studierte er aber Philologie und Altertumskunde. A. Furtwängler, v. Wilamowitz, Treitschke und Paulsen übten auf ihn großen Einfluß aus. Da entsteht ihm neben seinen Arbeiten plötzlich ein Drama „Filippo Lippi". A. Bleischowsky sprach zu ihm: „Sie sind berufen." Nicht viel später entsteht der „Gevatter Tod". Ein Märchen von der Menschheit. Das Berliner Königliche Schauspielhaus nimmt das Stück sofort zur Aufführung an (1898). Der Erfolg: ungeheure Begeisterung, König wird 18mal vor den Vorhang gerufen, Bleischowsky und Richard Strauß feiern ihn und die Kritik: sieht einstweilen durch die Brille des „Buhrmann Henschel" und hat für dieses köstliche Spiel nichts übrig. Also: Versenkung. Nehmlich erginge ihm mit seinen andern Werken. An E. K. überrascht uns zunächst die eigenartig anmutende Sprache. Das Wort wird hier zum Kristall, zum köstlichen Gefäß, in dem das Gedankliche steckt.

Die dramatische Arbeitsgemeinschaft will uns nun den „Gevatter Tod" darstellen. Aber bitte! man sehe sich das Stück nicht nur an, man verarbeite es gründlich. Denn dies köstliche Märchen erschließt sich uns erst nach mehrfachem Lesen, nach ernsthaftem Ringen mit ihm. Es ist der Kampf um Erlösung, Erfüllung. „Erfüllung ist's, um die die Menschheit ringe".

Mit der Aufführung des „Gevatter Tod" will die Leitung der Bildungsabende mitbauen an der deutschen Volksgemeinschaft, an der starken, absoluten Ethik, die wir brauchen. Darum kommt! Lernt eine Dichterpersönlichkeit kennen, merkt, daß die deutsche Dichtung aufwärts geht und freut euch!

Wie wir hören, wird Eberhard König zu Beginn des neuen Jahres nach Merseburg kommen, um uns an einem Bildungsabend selbst aus seinen Werken vorzulesen.

**Einheitsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Ortsgruppe Merseburg.**

* Bei zahlreicher Beteiligung fand am Dienstag im Saale der „Grünen Linde" die Monatsversammlung der Ortsgruppe Merseburg des Einheitsverbandes statt.

Die Kameraden Hirschfeld und Becker berichteten über das Ergebnis der am 8. November in Weimar stattgefundenen gemeinsamen Reichskonferenz Einheitsverband/Reichsbund. Mit lebhafter Freude begrüßt die Versammlung das Zustandekommen der Einigung der zwei Verbände, die praktisch dasselbe Ziel verfolgen. Verschiedene Kameraden gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es dem dadurch geschaffenen Millionenverband deutscher Kriegsopfer endlich gelingen möge, maßgebenden Einfluß auf die Schaffung und die Handhabung der Versorgung und der Fürsorgegesetze zu gewinnen, und damit der Verwirklichung unseres ersten und vornehmsten Zieles, der Sicherstellung derer, die für Deutschland den Gatten und Vater und ihre gesunden Gliedmaßen hergaben, zu dienen. Die große Not, der wir in unseren Reihen täglich begegnen, muß uns immer neu eine Mahnung zu treuer Kameradschaft sein.

Scharf kritisiert wird die mangelhafte Versorgung der Kriegshinterbliebenen und Schwerbeschädigten mit Kartoffeln und Brennstoffen. Dadurch, daß die Fürsorgestelle, ermuntert von der Hauptfürsorgestelle, uns billige Kartoffeln in Aussicht gestellt hat, sind wir in der Zeit, wo man dieses wichtige Nahrungsmittel noch zu einigermaßen mäßigen Preisen erwerben konnte, davon abgehalten worden. Die Fr. St. „hofft" immer noch, jeder Witwe und jedem Schwerbeschädigten einen Zentner Kartoffeln liefern zu können. Die armen Frauen aber wissen nicht, womit sie ihre vaterlosen Kinder sättigen sollen. Bei einer Monatsrente von 200,— Mk. kann man keine Kartoffeln kaufen, von denen der Ztr. 100—120 Mark kostet.

Es muß von den berufenen Vertretern des deutschen Volkes erwartet werden, daß sie nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat sich dieses Elendes annehmen.

„Des Volkes Dank" hat man den Hinausziehenden einst zugesichert. Nicht oft genug konnte man ihnen versichern, „wir werden euch nie vergessen". Und heute? In Hader und Zwist zerrissen, jeder nur auf sich und seinen eigenen Vorteil bedacht, hat das deutsche Volk seine Söhne und ihr Vermächtnis vergessen. Hohlwangig und bleich, verkümmert wie eine Pflanze ohne Licht, wachsen die Kinder derer heran, die gestorben sind in dem Gedanken, daß ein ganzes Volk für die sorgen würde, die sie zurückließen mußten. Vergessen sind alle die schönen Worte von Nächstenliebe und Dankbarkeit. Wenn einmal irgendwo eine Frau und Mutter in ihrer Verzweiflung von dem vorgezeichneten Wege, den sie einzuhalten gehen muß, abweicht, dann wird gleich die Meute der lieben Nachbarn über sie herfallen und mit dem alltäglichen Maßstabe ihre Tat messen und alle, die ihresgleichen sind, zu verdammen bereit sein.

Wenige aber nur sind es, die in dankenswerter Weise sich der armen Frauen und Kinder annehmen. Mit gemachter Gefühlsroheit geht das deutsche Volk in seiner Mehrzahl an diesem Elend vorüber. „Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind", der Satz aus den „Grenadieren" drängt sich einem unwillkürlich auf.

An das ganze Volk, an alle Parteien und an alle Volksschichten richten wir die dringende Bitte, sich aufzuraffen und die selbstverständlichste Ehrenpflicht eines Volkes zu erfüllen. Wenn man schon immer das Vermächtnis der Toten heilig hält, dann muß uns das, was die Verteidiger unseres Vaterlandes uns hinterlassen haben, doppelt teuer sein. Kein entwürdigendes Almosen reicht den Opfern dieses Krieges, sondern tretet mit uns ein für eine ausreichende Versorgung, durch Recht und Gesetz.

Darin muß sich der Dank eines Volkes zeigen.

**Konzert des Männer-Gesang-Vereins Neurössen.**

* Gestern abend veranstaltete im großen Kaisnosaal der Männer-Gesangverein Neurössen sein diesjähriges Herbstkonzert unter Mitwirkung einer aus Mitgliedern der hiesigen Orchestervereinigung zusammengestellten stattlichen Kapelle. Die Leitung lag in den bewährten Händen des Herrn Walter Röhl. Leider ist uns unmöglich gemacht, über die glänzend gelungene gestrige Veranstaltung, die einen übervollen Besuch aufzuweisen hatte, eingehend zu berichten, da unserem Berichterstatter ein diesbezüglicher Wunsch von der Leitung geäußert wurde. Der Grund zu diesem bedauerlichen Schritt ist in einer anläßlich der vorigen Veranstaltung des Vereins gefällten abfälligen Kritik einer hiesigen Tageszeitung zu sehen. Wir haben im übrigen keinen Grund, dem Wunsch des Vereinsvorstandes entgegenzuhandeln.

## Zur Linderung der Kartoffelnot.

* Zur Milderung der Kartoffelnot hat der Deutschnationale Abgeordnete, Generaldirektor der Landfeuersozietät in Merseburg, Winckler, sowie die übrigen Mitglieder der Deutschnationalen Fraktion, im Preußischen Landtag folgenden schleunigen Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung für die schleunigste Durchführung folgender Maßnahmen einzutreten:

1. zur Bekämpfung des wilden Händlertums den Ankauf von Kartoffeln beim Erzeuger für Zwecke des Wiederverkaufs nur den angesessenen Kartoffelhändlern zu gestatten, in deren Händen früher der Kartoffelhandel lag,

2. eine genaue Kontrolle der Bahnversendung vom Erzeuger zum Verbraucher einzuführen und insbesondere den Kettenhandel und das Verschieben von Kartoffeln in das Ausland mit schärfster Strafe zu belegen,

3. für schleunige Wagengestellung in den Erzeugergebieten zu sorgen und zum besseren Umlauf der Eisenbahnwagen Vorkehrungen für eine beschleunigte Entleerung zu treffen, gegebenenfalls auch — gegen entsprechende Bezahlung — durch Erhöhung der Arbeitszeit im Eisenbahnbetriebe, ähnlich wie es in den Bergwerksbetrieben beim Spa-Abkommen der Fall war,

4. zur Sicherung der diesjährigen Kartoffelernte für die menschliche Ernährung schleunigst der Landwirtschaft Futtermittel zu entsprechenden Preisen zur Verfügung zu stellen, insbesondere dafür zu sorgen, daß die Landwirte zur Verwendung in ihrer Wirtschaft die Kleie wieder zurückerhalten, die von dem von ihnen im Wege des Umlageverfahrens abgelieferten Getreide herrührt, zu einem Preise, der geringer sein muß, als der Preis für das abgelieferte Umlagegetreide,

5. die infolge Ablaufens der zweimonatigen Frist oder aus Mißverständnis der geltenden Bestimmungen ungültig gewordenen Maisbezugsscheine wieder für gültig zu erklären und noch nachträglich mit Mais zu beliefern.

**Umsatzsteuer.**

* Durch das zur Zeit dem Reichsrat im Entwurf vorliegende Gesetz betreffend Abänderung des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 sollen die Steuerpflichtigen verpflichtet werden, innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres eine Vorauszahlung zu leisten, sofern nicht innerhalb dieses Zeitraumes die Umsatzsteuer selbst fällig wird. Diese Vorauszahlungen sind — die Annahme des Entwurfs vorausgesetzt — erstmals im Laufe des Monats April 1922 zu leisten; außerdem haben die Steuerpflichtigen im Jahre 1922 innerhalb zweier Wochen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides die allgemeine und erhöhte Umsatzsteuer 1921, für welche der Steuerabschnitt mit Ablauf des Jahres 1921 endet, zu entrichten. Da die Steuererklärungen für diese Steuer erst im Monat Januar 1922 abzugeben sind und die Veranlagungen nur zum Teil im ersten Vierteljahr 1922 beendet sein werden, so müssen die Steuerpflichtigen damit rechnen, im April 1922 die allgemeine Umsatzsteuer 1921, erhöhte Umsatzsteuer für 1921, allgemeine und erhöhte Umsatzsteuer aus früheren Steuerabschnitten, welche bisher noch nicht veranlagt war, ferner die in dem Entwurf vorgesehenen Vorauszahlungen entrichten zu müssen.

Es empfiehlt sich daher für die Steuerpflichtigen, beizeiten Vorkehrungen zu treffen, daß Schwierigkeiten, die sich aus dieser Häufung der Verpflichtungen ergeben können, vermieden werden. Insbesondere empfiehlt es sich, schon jetzt auf die für 1921 zu entrichtende Umsatzsteuer freiwillige Vorauszahlungen zu leisten. Solche Vorauszahlungen werden von den Hebestellen für Umsatzsteuer jederzeit in den Geschäftsstunden angenommen. Sie werden vom Tage der Zahlung ab bis zur Fälligkeit der Steuer, spätestens jedoch bis zum Ablaufe dreier Monate nach Schluß des Steuerabschnittes, also bei der allgemeinen Umsatzsteuer in der Regel bis längstens 31. März des auf den Steuerabschnitt folgenden Jahres, zu 5 vom Hundert verzinst.

# Letzte Depeschen

## Deutschland macht „befriedigende Fortschritte."

**London, 11. Nov.** In der Thronrede, die bei der heutigen Vertagung des Parlaments verlesen wurde, heißt es, die deutsche Regierung habe befriedigende Fortschritte gemacht in der Ausführung der ihr durch den Versailler Vertrag auferlegten finanziellen und Entwaffnungsverpflichtungen.

## Um die Auslieferung der Kriegsbeschuldigten.

**London, 11. Nov.** Im Unterhause fragte Butcher, ob England gemeinsam mit Frankreich die Auslieferung der Deutschen, die der Mißhandlung von Kriegsgefangenen beschuldigt werden, zur Aburteilung verlange. Sir Gordon Steward erwiderte, bevor der vom Obersten Rat ernannte Ausschuß von Anwälten dem Obersten Rat über den Leipziger Prozeß Bericht erstattet habe und bevor dieser Bericht vom Obersten Rat erwogen worden sei, würde eine Erklärung, wie sie von Butcher vorgeschlagen worden sei, verfrüht sein.

## Verhaftung eines von den Franzosen bezahlten deutschen Verräters.

**München, 11. Nov.** Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, fuhr kürzlich ein Mechaniker von Garmisch nach Mainz, um gegen geldliche Entschädigungen der französischen Nachrichtenstelle Mitteilung über angebliche geheime Waffenlager zu machen. Der Verräter, der verhaftet worden ist, ist im allgemeinen geständig.

## Amerikas Programm für die Abrüstungskonferenz

**Paris, 11. Nov.** Französische Blätter melden aus Washington, daß Montana die erste Arbeitssitzung der Washingtoner Konferenz stattfinden wird. Hughes wird erklären, daß Amerika bereit sei, seine Rüstungen zur See, welche Japan beunruhigen, einzuschränken. Er werde vorschlagen, daß die Rüstungen im Verhältnis der Küstenlänge der einzelnen Länder bemessen werden. Danach werde England das Anrecht auf die größte Marine behalten. Weiter wird Hughes eine Einschränkung für die Landheere, auch für das französische, vorschlagen, ohne indes Frankreich Aussichten auf Garantien zu machen. Was die Frage des fernen Ostens anbelangt, so ist die Beziehung der Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß Japan behält, was es in der Mandschurei besitzt, mit Ausnahme der Insel Sachalin. Weiter fordert Amerika die Politik der offenen Tür in China und die Beseitigung von Einflußsphären der einzelnen Länder in China. Auch das im Jahre 1920 geschaffene Finanzkonsortium soll unter Hinzuziehung amerikanischen Kapitals erweitert werden. Schließlich fordert Washington die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses. Aus den Mitteilungen der amerikanischen Blätter ist zu ersehen, daß Amerika auch die Interessen Rußlands in China und im fernen Osten wahren wird.

## Ungarn verwahrt sich gegen eine Intervention.

**London, 11. Nov.** Lloyd Georges sagte im Unterhause, die ungarische Regierung habe unter anderem erklärt, daß sie die Alliierten um Rat und Zustimmung bei der Regelung der Frage der Thronfolge ersuchen würde. Die Entwaffnung Ungarns mache weitere Fortschritte. Wenn man in Ungarn intervenieren, anstatt es dem Lande zu überlassen, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln, werde dies zu einem Kriege führen, und gegen einen solchen sei die ganze Welt.

Das englische Parlament, dessen Session heute beendet ist, wird, falls keine unvorhergesehene Ereignisse eintreten, erst am 30. Januar 1922 zusammentreten.

**Prüfungsamt für Kurzschrift.**

* Wie die Handelskammer in Halle a. d. S. bekannt gibt, findet die nächste Prüfung für Stenographie aller Systeme am Sonntag, den 27. November d. J., vorm. 9 Uhr, im Geschäftsgebäude der Handelskammer zu Halle a. d. S., Franckestraße 5, statt. Anmeldungen werden bis Mittwoch, den 23. November, angenommen. Prüfungsordnung und Anmeldebogen werden gegen Voreinsendung von Mk. 1,— vom Büro der Handelskammer verabfolgt.

**Tagung der Vereinigung deutscher Hebammen.**

* Vor kurzem tagte in Augsburg unter Anschluß an die Hauptversammlung der Vereinigung deutscher Hebammen der Preußische Hebammenverband.

Es wurde unter anderem beschlossen, die Regelung des Sonntagsdienstes weiter auszubauen im Interesse des Volkes. Damit die werdende Mutter niemals Gefahr läuft, an Sonn- und Feiertagen ohne Hebammenhilfe zu sein, soll jedesmal ein Teil der Hebammen durch Einführung des Sonntagsdienstes zur Verfügung stehen. Der Sonntagsdienst schließt jedoch nicht aus, daß jede Hebamme die von ihr angenommene Frau unbedingt bedienen darf. Der Sonntagsdienst soll nur bezwecken, im Falle der Verhinderung der vorherbestellten Hebamme einweilen vertretungsweise auszuhelfen, bis es der anderen Hebamme möglich ist, ihren Dienst selbst zu übernehmen.

Aus fast gleichen Gründen wurde beschlossen, das Tragen der Kinder zur Taufe in die Kirche durch die Hebamme aufzuheben. Die Hebamme, welche durch die Taufe in einen entfernten Ort oft stundenlang von ihrem Wohnsitz entfernt ist, kann in dringenden Fällen nur schwer und dann zu spät erreicht werden.

Welche Gefahr droht da nicht der Mutter und dem Kinde?

Der Sonntag ist der einzige Tag, an welchem sich die Hebamme, wenn sie nicht gerade dienstlich verhindert ist, sich als Gattin und Mutter der Familie ein paar Stunden widmen kann.

Die Tagung beschloß weiterhin, im Interesse des Wohlfahrtswesens des gesamten Volkes, für die Anstellung der Hebamme weiter zu kämpfen.

# Aus Provinz und Reich

**Raubüberfall.**

** Naumburg, 11. Nov. Am Dienstag abend wurde am Ostbahnhofe ein junger Mann überfallen, der einen Handwagen mit sich führte, auf dem er mehrere Kartons mit Kämmen geladen hatte. Als er in die Nähe eines Kohlenlagers gekommen war, kam plötzlich aus dem Gebüsch ein Mann hervorgesprungen, der ihn zu Boden schlug und den Versuch machte, den Wagen an sich zu reißen. Der Strauchdieb faßte den Wagen und ist damit dem jungen Menschen über die Beine gefahren, auf dessen Hilferufe Leute herauseilten. Der Räuber, der sich wiederholt auf den Angegriffenen stürzte, auch seinen Hund auf ihn hetzte, wurde schließlich durch die Herankommenden verscheucht und ergriff die Flucht.

**Maschinengewehre statt Karpfen.**

† Greiz, 9. Nov. Als man in Kühdorf den Freundschafteich nach Karpfen absischte, zog man zwei tadellos erhaltene Maschinengewehre mit heraus. In der Gegend geht, wie die Greizer Ztg. schreibt, das Gerücht, daß sie von Langenwetzendorfer Kommunisten dort versteckt worden seien, als bei der Waffensuche ihre Sache brenzlich wurde.

**Kraftwagenunfall.**

† Wurzbach, 9. Nov. Auf der Straße zwischen Röttersdorf und Ostla konnte ein in voller Fahrt befindlicher Kraftwagen nicht mehr rechtzeitig vor der Kurvebiegung gelenkt werden, so daß er auf einen Baum prallte. Die drei Insassen, Kaufleute aus Bamberg, wurden herausgeschleudert; zwei waren sich lebensgefährliche Verletzungen zu, während der dritte mit leichten Hautabschürfungen davon kam. Das Auto, das völlig zertrümmert ist, gehört einer Lobensteiner Firma.

**Verurteilung von Posträubern.**

† Braunschweig, 10. Nov. Hier wurden der Gärtner Franz Junge aus Bernburg, der Dreher Ludwig Rusch aus Berlin und Kraftwagenführer Ludwig Braune aus Diesdorf bei Wanzleben wegen Ueberfalles auf das Postamt Vorwohle (Kr. Holzminden) und Raubes von 17 000 Mark aus der Postkasse zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

**10 Grad Kälte in Westdeutschland.**

† Mainz, 10. Nov. In Westdeutschland ist nach Schneefällen Frost bis zu zehn Grad mit scharfem Ostwind eingetreten.

**Marx Möller †.**

† Altona, 10. Nov. Der Schriftsteller Professor Marx Möller ist nach längerem Leiden im 52. Lebensjahre gestorben.

Professor Dr. Johann Heinrich Marx Möller wurde am 15. März 1868 als Sohn eines Zimmermeisters in Hamburg geboren. Er besuchte das Gymnasium in Hamburg und später in Friedland in Mecklenburg. Nach Erwerb des Reifezeugnisses wandte er sich dem kaufmännischen Beruf zu. Diese Laufbahn verließ er jedoch bald und bezog nacheinander die Universitäten in Straßburg, Leipzig und Greifswald. Er hat im Archiv des Hamburger Stadttheaters das „Don Carlos"-Manuskript entdeckt und machte diesen Fund zum Gegenstand seiner Doktorarbeit „Studien zum Don Carlos". Längere Zeit war er Dozent am Böttinger-Studienhaus in Berlin.

Während des Krieges wirkte Marx Möller an der Universität in Warschau als Professor der deutschen Literatur und fand viele treue Schüler. Kurz nachdem er nach Berlin heimgekehrt war, wurde er an das Altonaer Stadttheater als Dramaturg berufen.

**Goldschmuggel in einer Lokomotive.**

† Kopenhagen, 11. Nov. Nach einem Telegramm aus Apenrade beschlagnahmten die deutschen Grenzbehörden bei Flensburg in einer neuen Lokomotive, die von Deutschland nach Dänemark ausgeführt werden sollte, Goldbarren im Werte von 27 Millionen Goldmark. Dieses Gold sollte nach Dänemark eingeschmuggelt werden. Es wurde beschlagnahmt. Der Eigentümer konnte noch nicht festgestellt werden.

**Ein deutscher Gelehrter erhält den Nobelpreis für Chemie.**

† Stockholm, 11. Nov. Die Akademie der Wissenschaften hat dem Professor Walther Nernst in Berlin den Nobelpreis von 1920 für Chemie verliehen. Der Preis für 1921 wird für das nächste Jahr zurückgestellt.

**Neue Diamantenfelder in Arkansas.**

† London, 10. Nov. In Pike Country in Arkansas sind kürzlich neue Diamantenfelder entdeckt. Es sind unter anderen ein Stein von 20 und einer von 48 Karat gefunden worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0003

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Fabrikanten

## Franz Paul Wirth

sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

**Anna Wirth** geb. Otto
und Angehörige.

Merseburg, den 11. November 1921.

---

**Familien-Nachrichten.**

**Verlobt.** Wally Kurze mit Walter Franke, Obergreißlau.

**Vermählt.** Kurt Welß m. Hanni Bahl, Weißenfels; Karl Wegener mit Frieda Nagel, Storkau; Kurt Schmidt m. Hilde Schumann, Pörsten; Moritz Schroot m. Hilde Köhler, Mertendorf; Albert Wolf mit Johanna Streckel, Methau.

**Gestorben.** Invalid Eduard Theil, 71 J., Weißenfels; Marie Taubert, Merseburg; Martha Bertus, geb. Pfeiffer, 49 J., Merseburg; Max Heinisch, Merseburg.

---

**Möbel: Hauptmann**
Halle a. S. Kleine Ulrichstrasse 36

---

In letzter Zeit sind häufig Klagen über vermehrten Geschäftsbetrieb der Wanderlager und dadurch bedingte Schädigungen des stehenden Gewerbebetriebes laut geworden. Wiederholt ist berichtet worden, daß Gast- u. Schankwirtschaften ihre Räume für den Betrieb von Wanderlagern zur Verfügung gestellt haben. Ueber die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens bestehen bei den Ortspolizeibehörden Zweifel. Ich weise darauf hin, daß nach § 1 des Ministerialerlasses vom 26. August 1883 [M.-Bl. S. 182] die Errichtung von Gast- und Schankwirtschaften in Räumlichkeiten, in welchen noch andere fremdartige Gewerbe betrieben werden, ausgeschlossen ist.

Wenn es aber unzulässig ist eine Wirtschaftskonzession für Räume zu erteilen, in denen andere fremdartige Gewerbe betrieben werden, so kann es auch nicht gestattet werden, nachträglich in den Räumen, die von der Konzession umfaßt werden, den Betrieb solcher fremdartiger Gewerbe zu beginnen. Zuwiderhandlungen sind nach § 147 Ziffer 1 Reichsgewerbeordnung strafbar und können gegebenenfalls die Entziehung der Konzession nach sich ziehen.

Daß der Betrieb eines Wanderlagers dem Schankwirtschaftsgewerbe „fremdartig" ist, ist mir nicht zweifelhaft. Wirtschaftsräume sind nicht für den Betrieb des Handelsgewerbes da.

Merseburg, den 27. September 1921.

**Der Regierungspräsident.**

Veröffentlicht:
Merseburg, den 10. November 1921.
P. III. 325/21. **Die Polizeiverwaltung.**

---

**Anmeldung der Säuglinge u. werdenden Mütter**

Die fortgesetzt steigenden Milchpreise machen besondere Maßnahmen zur Abgabe von verbilligter Milch für Säuglinge und werdende Mütter erforderlich. Die Regelung soll am 1. Dezember 1921 in Kraft treten.

Alle Kinder im Alter bis zu zwei Jahren und alle werdenden Mütter, in den letzten drei Monaten vor der Entbindung, für welche die Lieferung verbilligter Milch in Anspruch genommen wird, sind

**bis spätestens Sonnabend, den 19. November 1921, an Wochentagen in der Zeit von 8—12 und 3—5 Uhr nachmittags** im Rathaus am Markt, 1 Treppe, Zimmer 10 [Standesamt]

zur Eintragung in die Liste der Milchversorgungsberechtigten anzumelden.

Es sind mitzubringen:

**Für Kinder bis zu 2 Jahren:** Geburts- oder Altersausweis.

**Für werdende Mütter:** Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme, daß sich die Frauen in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung befinden.

Die Ausgabe der Milchvorzugskarten erfolgt erst später nach besonderer Bekanntmachung. Nähere Anordnungen folgen.

Merseburg, den 10. November 1921.
L.-A. 1210/21. **Das städt. Lebensmittelamt.**

---

## Wohnungstausch.

Diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche ihre Wohnungen gegen andere tauschen möchten, wollen sich von Zeit zu Zeit im Wohnungsamt, Rathaus 1 Treppe, Zimmer Nr. 8 und 9 einfinden und in die dort ausliegende Tauschliste Einsicht nehmen.

Merseburg, den 10. November 1921.
IV. J. 1443/21. **Der Magistrat.**
Städt. Wohnungsamt.

---

**Aderverkalkung** Herzbeschwerden, Schwindelanfälle. Verlangen Sie Gratisbroschüre über Sanitäts-Rat Dr. Weise's gefüreien Hauskuren DR. GEBHARD & CIE., BERLIN W. 35, Potsdamer Strasse 104a.

---

## Gamaschen

- Tadellos sitzende -
**Tuchgamaschen**
für Damen u. Herren
- bis 32 cm hoch -

**Ledergamaschen**
mit Patentverschluss
- Marke „Peitsche" -

**Wickelgamaschen**
42.— 28.— 25.—

**Sportstutzen**
auch in den Farben der Sport-Vereine

Lodenhaus Franz **Hildebrandt**
Merseburg, Kl. Ritterstr. 13.

---

Makulatur hat abzugeben
Merseburger Tageblatt

---

Bei wieder beginnendem Getreidedrusch kaufe ich

## Weizen, Roggen, Gerste.

**Weizen und Roggen**

tausche ich gegen mein bekannt prima Mehl.

**Feit, Meuschauer Mühle.**

---

## Saat-Kartoffeln

(Industrie) eingetroffen

**Fr. Freygang, Gr. Ritterstr. 7.**
Tel. 424. — — — Tel. 424.

---

## Automobile

**Hansa-Lloyd**
**N. A. G.**
**Brennabor**
**Hansa**
Personen- und Lastkraftwagen
Generalvertretung:
Tel. 203 **Gustav Engel Söhne, Merseburg** Tel. 203
Auto-Reparatur-Werkstatt.

---

Am Sonnabend, den 12. d. Mts., treffen Transporte

**hochtragender**
## Kühe u. Färsen

in unseren Stallungen ein.

**Hauptgenossenschaft für Viehverwertung e. G. m. b. H.**
(Landwirtschaftl. Organisation)
Halle a. S. Fernruf 6385. Delitzscherstr. 8.

---

**Lastkraftwagen** fährt Sonnabend 12. November, leer von Berlin über Wittenberg, Bitterfeld, Halle nach Merseburg. Evtl. Güter können befördert werden. Zu erfragen bei

**Gustav Engel Söhne, Merseburg.**
Tel. 203.

---

**Raucher** die mit dieser teuren Leidenschaft behaftet sind, werden durch unser bewährtes „Abstin" befreit. Packung zur 3wöchigen Kur 8 Mk., Nachn. 45 Pf. (Unschädl.) Wirkung garantiert. 1800 Dankschr. Deutsch & Co., Neukölln [illegible]

---

## Verkaufe

edlen, braunen, 1½ J. alten Dobermann-Pinscher, Stammbaum, raupenfrei und guter Wächter.

**Naß,**
Gutenbergstraße 14.

---

Verzinkte ¾ und 1 Zoll Wasserl.-
**Rohre**
ca. 5 Met. lang mit Gewinde pr. Met. 13.50 u. 15.80 ℳ, andere Größen roh, billigst.
F. Meyer Jng. Regenaul. Berlin, Langestr. 110.

---

**Pianos - Flügel**
zu kaufen gesucht von Händlern und Privat.
Offerten an Müller, Magdeburg, Falkenbergstr. 6. Tel. 3374.

---

**Kraftwagenführer,**
gelernter Schlosser, mit Führerschein (Kl II u. III b), wird sofort eingestellt. Nur ältere, gewissenhafte Fahrer wollen sich melden.

**Gustav Engel Söhne, Merseburg**
Telephon 203. Telephon 203.

---

„Industrieunternehmen bei Merseburg sucht zum sofortigen Antritt

**1 Zeichenlehrling.**

Er muß fleißig sein, Anlage zum Zeichnen, gute und saubere Handschrift haben. Bewerbungen mit selbstgeschr. Lebenslauf, Bild, Ref. u. Gehaltsanspr. unter **230/21** an die Exped. d. Blattes.

---

Wir suchen ein geübte
**Stenotypistin**
(Keine Anfängerin)
**Blancke-Werke**
G. m. b. H.

---

**Dienstmädchen**
erhält, wer die Unstrut-Zeitung Laucha zur Insertion benutzt.

---

Eine Auswahl
**Stuten**
im Alter 4—6 Jahren, darunter 3 tragende steh. preiswert zum Verkauf

**Louis Reimann,**
Halle a. S.
Landsbergerstraße 65.

---

Ein mittelschweres, fehlerfreies
**Arbeitspferd**
etwa 12jährig, (Däne) steht zum Verkauf.

**Molkerei Bad Dürrenberg.**

---

Empfehle
**prima Hammel-Fleisch**
**E. Baumann.**
Gotthardtstraße.

---

Empfehle:
**pa. Rindfleisch** mit Knoch. 1—12 Mark,
**pa. Hammelfleisch,** 12 Mark,
**prima Kalbfleisch,** 13—14 Mark,
**pa. Schweinefleisch,**
**ff. frische Wurst.**
**P. Wiehe, Fleischerm.**
Obere Burgstraße 1.

---

**2 freundl. möbl. Zimmer** von ruhigem Ehepaar ges. Offerten unter D. O. 751 an die Expedition d. Bl.

---

Gut möbl **Zimmer**
mit elektr. Licht per sofort oder später gesucht. Off. u. T J 753 a. d. Exped. d. Blattes.

---

**Junger Kaufmann** sucht per sofort oder
— 1. Dezember —
**möbl. Zimmer.**
Off. unt. K. T. 760 an die Exped. d. Bl.

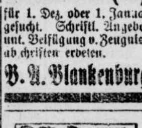
---

Von Ehepaar
**2 möbl. od. unmöbl. Zimmer**
**m. Kochgelegenheit**
gesucht. Off. unt. S R 758 an die Exped. d. Bl.

---

**Kontorist(in)**
für 1. Dez. oder 1. Januar gesucht. Schriftl. Angebot unt. Beifügung v. Zeugnisabschriften erbeten.
**B. A. Blankenburg**

---




**Reppins Backöle die besten.**

---

## „Rheingold"

Inh.: Hugo Richter. Telefon 202.

Sonnabend, den 12. und Sonntag, den 13. Nov.
Auftreten der Sängerin
**Friedel Grimm**
und des Humoristen **Grünert.**

---

## Kleinkunstbühne!

**Neues Schützenhaus!**

**Max Starke, Ballett,**
ehem. Solotänzer des städt. Theaters, Leipzig

**Kurt Horst,**
Sänger u. Conferencier v. Edenpalast Leipzig

**Gerda Courbiere,**
Vortrags- und Stimmungskünstlerin.
Und der weiter anerkannte Spielplan.

---

**Konditorei Winter, Oelgrube 1.**
Tägl.: Frisches Gebäck i. bekannt. Güte,
- Schokoladen, Kakao, Bonbons etc. -

---

**Verein der Ostmärker**
Nächsten Montag, abends 7½ Uhr im Restaur. „Tivoli"
**Monats-Versammlung.**

---

**Möbl. Zimmer**
gesucht.
Offerten unter P. Z. 755 an die Expedition d. Bl.

---

**Stadttheater Halle.**
Sonnabend, abds. 7½ Uhr
**Barbier v. Sevilla.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: (Volksvorstellung.)
**Zwangseinquartierung.**
Abends 7½ Uhr:
**Schönheit und Tugend.**

---

## Felle!

Kaufe jeden Posten Felle und Häute zu allerhöchsten Tagespreisen.

**Frau Irmisch**
Johannisstraße 16.

---

**Laden** möglichst Zentrum der Stadt mit oder ohne Wohnung per sofort od. später gesucht.
Offerten unter „Laden" an die Expedition d. Bl.

---

**Gottesdienst-Anzeigen.**

**Sonntag, den 13. Nov. 1921 (25 n. Trinitatis).**
Gesammelt wird eine Kollekte für die evangel. Jungmänner-Arbeit.

Es predigen: **Dom.** Vorm. 10 Uhr: Diakonus Wuttke.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: **Fällt aus.**
**Volksbibliothek:** Geöffnet Sonntags von 11 bis 12 Uhr mittags.

Es predigen: **Stadt.** Vorm. 10 Uhr: **Festgottesdienst zum Werbetag für die Evangelische Jungmänner-Arbeit Deutschlands.** Festprediger: Superintendent Bitborn. — Liedertexte am Eingang.

**Evang. Männer- und Jugendverein.**
**Sonntag,** abends 8 Uhr: **Versammlung.**
**Freitag,** abends 8 Uhr: **Bibelstunde**
} An der Geisel 5. Pastor Werther.

**Evang. Mädchenbund St. Maximi.**
**Dienstag,** abends 8 Uhr: **Chorgesang** in der Herberge zur Heimat. — Lehrer Busch.

Es predigen: **Altenburg.** Vormittags 10 Uhr Pastor Kratzenstein.
Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.

**Landeskirchliche Gemeinschaft.** **Bibelbesprechstunde** jeden Mittwoch, abends 8 Uhr: Karlstraße 4, Hof, eine Treppe.

**Christliche Versammlung.** Blanckestraße 1.
**Sonntag,** abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**
**Donnerstag,** abends 8 Uhr: **Bibelstunde.**

---

**Katholischer Gottesdienst.**
**Sonntag, den 13. November 1921.**
Früh ½7 Uhr: Beichte.
½8 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
½10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
**Nachm.** 2 Uhr: Feitandacht.
**Sonnabends von 5 Uhr an Beichte.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0004

# Beilage zu Nr. 266 des Merseburger Tageblattes

**Freitag, den 11. November 1921**

## Arbeiterfragen und Wohnungsbauten auf dem Lande.

In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts lebte jeder 20. Deutsche, kurz vor dem Kriege, jeder 5. Deutsche in der Stadt. Die Landflucht erfaßte die Bevölkerung, die soziale Erscheinung der Binnenwanderung, der Zug in die Großstädte und nach dem Westen, vornehmlich in die Industriegebiete, führte zu einer Abnahme der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung.

Seit dieser Zeit sah sich Deutschland gezwungen, jährlich hunderttausende ausländischer Wanderarbeiter in die Landwirtschaft einzuführen. Im Jahre 1914 wurd en432 274 ausländische Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft legitimiert. Viereinhalb Jahre waren dann unsere Grenzen geschlossen; während dieser Zeit mußten die deutschen Landwirte ihre Arbeit mit Kriegsgefangenen verrichten.

Nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Im Jahre 1920 sind im ganzen etwa 150 000 ausländische Wanderarbeiter in der Landwirtschaft legitimiert worden. Vom nationalen, sozialen und bevölkerungspolitischen Standpunkt ist die weitere Beschäftigung von Wanderarbeitern höchst unerwünscht, und es ist die Frage zu prüfen, ob sie von unserer Landwirtschaft entbehrt werden können. Es kann ruhig darauf geantwortet werden, daß eine Beschäftigung von Wanderarbeitern im jetzigen Umfange keine unbedingte Notwendigkeit ist. Allgemein wird angenommen, besonders im Brandenburgischen Landesarbeitsamt, daß wenigstens die Hälfte der jetzt beschäftigten Ausländer bald entbehrt werden kann, wenn auch nur unter der Voraussetzung, daß für einheimische Arbeiter Wohnungen geschaffen werden. Unter allen Umständen muß darauf gedrungen werden, daß die Schnitterkasernen für einheimische Familien umgebaut werden. Das reicht aber bei weitem nicht zu. Es sind auch neue Wohnungen für die einheimischen Arbeiter notwendig; ebenso für die heranwachsenden Arbeiter, damit einer immer weiter um sich greifenden Landflucht ein Ende bereitet wird.

Die Wohnungsnot auf dem Lande hat nicht nur soziale, sondern auch große wirtschaftliche Schäden im Gefolge. Das ländliche Wohnungselend bedeutet eine Gefahr der Intensivierung der Landwirtschaft. Eine gesteigerte Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, die heute mehr denn je im Interesse unseres ganzen Volkes von größter Wichtigkeit ist, kann nur erreicht werden, wenn die notwendigsten menschlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. In den Jahren nach dem Umsturz sind verschiedene Gesetze über öffentliche Unterstützungsmaßnahmen, soweit sie den Bau von Landarbeiterwohnungen angehen, erlassen worden. Besondere Beachtung verdient das Reichsgesetz vom 12. Februar 1921 über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaus. Länder und Gemeinden haben nach den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums vom 19. Februar 1921 Mittel für die Förderung des Wohnungsbaus bereitzustellen. Von Gebäuden, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind, können die Länder zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und Siedlung für die Jahre 1921—1941 eine Abgabe erheben und zwar in Form einer Mietskteuer oder als „Steuer vom Grundvermögen" oder „Zuschläge zu Steuern vom Grundvermögen". Die Einkünfte dieser Abgabe sollen zur Hauptsache zur Tilgung und Verzinsung für Wohnungsbauten Verwendung finden, die vor dem 1. Oktober 1920 begonnen worden sind. Diesem Gese schließt sich ein wichtiger neuer Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 12. Mai 1921 an, wonach der Kleinwohnungsbau auf dem Lande aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert werden kann. Dem Reichsarbeitsministerium sind zum Zwecke der Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen 200 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Es besteht die Bedingung, daß die Erwerbslosen als Arbeitskräfte in erster Linie beschäftigt werden sollen. Gesetze sind erlassen, Mittel werden zur Verfügung gestellt und Erwerbslose sollen die Arbeitskräfte stellen. Hoffentlich bewirken diese drei Faktoren wirklich eine Abhilfe der großen Wohnungsnot auf dem Lande.

## Der gewerbliche Mittelstand im neuen Deutschland

I.

So alt wie die Geschichte der Menschheit, so alt ist auch die Frage nach der besten Regierungsform. Eine für alle Völker und alle Zeiten zutreffende Lösung wird nie zu finden sein. Größe des Volkes, Volkscharakter, Beschaffenheit des Bodens und das Verhältnis zu den benachbarten Staaten geben ein entscheidendes Wort mit.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum eines Teiles unseres Volkes, die Einrichtungen der Weststaaten kritiklos als erstrebenswerte Schablone anzusehen. Indem man bei uns den westlerischen Parlamentarismus schließlich einführte, übersah man ganz, daß das den Volksgenossen als Musterbeispiel vorgeführte englische Regierungssystem nicht auf demokratischer, sondern aristokratischer Führerauslese beruhte, übersah, daß die Lage Englands und die Unangreifbarkeit der Landesgrenzen manches Experiment gestattet, das andern Ländern zum Verderben geworden wäre.

Wie auch die einzelnen Parteien bei uns programmäßig dazu stehen, das Volk ist mit den Zuständen, wie sie sich seit dem November 1918 entwickelt haben, nicht zufrieden. Der westlerische Parlamentarismus hat das Volk nicht auf eine gemeinschaftliche Richtlinie zu bringen vermocht. Neben einigen kleinen Gruppen 7 große Parteien. Zerfahrenheit auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft!

Was nun? Bolschewismus und Kommunismus sind die Hoffnung der Einen, von einer Wiedereinführung der Monarchie erhoffen andere das Heil. Daneben wird eine berufsständische Volksvertretung als Ergänzung des politischen Parlaments gefordert. Man geht dabei von der Erwägung aus, daß eine Trennung des Beruflichen vom Politischen das ganze politische Leben in andere Bahnen leiten muß und hofft so die Möglichkeit auszuschalten, daß durch vergebliche Wahrnehmung der Interessen bestimmter Volksteile die politische Macht, oft zum Schaden derer, denen man zu helfen vorgibt, mißbraucht wird.

In der Tat haben sich die Dinge so entwickelt, daß die Arbeiterschaft, welche ausschließlich durch die Revolution und die dadurch zur Herrschaft gelangte Sozialdemokratie zum ausschlaggebenden Faktor geworden ist, schlechter lebt wie vorher, weil das, was unter dem Einfluß ihrer Führer geschieht, zum Nachteil der Gesamt-Volksgemeinschaft ausschlägt und dadurch auch den Arbeitern mit zum Schaden gereicht.

Heute glaubt kein denkender Mensch mehr daran, daß Sozialisierung und Kommunalisierung einem nennenswerten Volksteil Vorteil bringen werden. Allein die wenigen „Führer" hätten Gewinn zu erwarten, indem sie ohne wirtschaftliche Verantwortung an die Stelle der freien Unternehmer treten würden. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Rußlands und die Mißerfolge aller derartiger Versuche auf deutschem Boden reden eine deutliche Sprache.

Eine Politik zu Gunsten einer Klasse allein ist ein Unding. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, den Mittelstand ausschalten zu können. Auch heut noch gilt das Wort Bismarcks, daß der Mittelstand das Rückgrat des Staates sei.

Die berufsständische Volksvertretung, in der die Beamten aller Stände zu Worte kommen, kann diesem gegenseitigen Verstehen den Weg bereiten. Dabei ist allerdings im Auge zu behalten, daß jeder Stand nur durch einwandfreie Angehörige seiner Kreise vertreten wird. Diese berufsständische Vertretung wird früher oder später zur Tat werden, hoffentlich so zeitig, daß überhaupt noch etwas zu retten und zu erhalten ist.

Bis zur Erreichung dieses Zieles sollte es eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein, alles zu tun, den schwer bedrohten Mittelstand zu retten. Die Angehörigen dieses Mittelstandes sind an Zahl viel stärker, seine Bedeutung viel größer, als allgemein bekannt ist. Allein im gewerblichen Mittelstand — Handwerk, Kleinhandel, mittlere, kleine und kleinste Gewerbebetriebe — sind etwa 10—12 Millionen tätig. 7½ Milliarden Mark jährlich wurden allein vom selbständigen Handwerk vor dem Kriege an Löhnen ausgezahlt. 12 Milliarden, also mehr als die gesamte deutsche Ausfuhr, war der Wert der Jahresproduktion des selbständigen Handwerks. Etwa ein Drittel der im Inland verbrauchten Güter erzeugte das Handwerk. Dabei ist der in den kaufmännischen und Kleinhandelsbetrieben erzielte Umsatz gar nicht berücksichtigt. Statt diese Existenzen zu vernichten, sollte man alles daran setzen, sie zu vermehren. Hier bieten sich für die Arbeiterschaft die günstigsten Gelegenheiten, sich aus dem Proletariat emporzuarbeiten. Für den fleißigen, tüchtigen und nüchternen Fachkundigen gilt auch heute noch das alte Wort: „Handwerk hat einen goldenen Boden!" — heute vielleicht mehr denn je.

Auch der bäuerliche Mittelstand, der Hausbesitz, Beamtenschaft, Lehrerschaft usw. sind bedeutsame Teile des Mittelstandes.

## Deutscher Reichstag

### Um die deutschen Werke.

Berlin, 11. November 1921.

**Die demokratische Interpellation betreffend Paßerleichterung im Verkehr mit Deutschösterreich und die unabhängige sozialistische über den Schutz der freien Entwicklung der Kunst werden in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische**

**Interpellation über die Deutschen Werke.**

Abg. Hoch (SPD.) schildert die Entstehungsgeschichte der Deutschen Werke, deren Aktien in den Händen des Reiches sind. Die Deutschen Werke haben die Aufgabe, die in ihnen vereinigten 14 Werke, in denen 36 000 Personen beschäftigt werden, auf Friedensarbeit einzustellen. In diese Entwicklung greift jetzt die interalliierte Kontrollkommission schwerschädigender Weise ein. Sie verlangt, daß die Fabrikation von Colodium und Nitrocellulose im Werk Wolfgang eingestellt und sämtliche Gebäude und Werkstätten zerstört werden. Sie fordert, daß in den Werken Erfurt und Haselhorst die Fabrikation von Jaad- und Sportwaffen sowie der dazu gehörigen Munition bis spätestens 1. April 1922 eingestellt werden soll. Schließlich fordert sie, daß im Werk Spandau der geplante Neubau eines Walzwerkes und die Aufstellung neuer Generatoren unterlassen werden sollen. Diese Entente-Forderungen sind völlig ungerechtfertigt und bedeuten eine Verletzung des Friedensvertrages. Dagegen sollte eine Einheitsfront aller Parteien gebildet werden. Durch die Ententemaßnahmen müssen allein in den Deutschen Werken

**11 000 Arbeiter entlassen werden.**

Das zunehmende Elend kann das deutsche Volk schließlich nicht mehr ertragen, so daß es zu Verzweiflungskämpfen kommen muß. An unserem Untergang werden auch die anderen zugrunde gehen.

Reichswirtschaftsminister Bauer stellt fest, daß die Botschafterkonferenz dem Umbau der Deutschen Werke zugestimmt habe, damit sie der Volkswirtschaft erhalten werden können. Die Regierung hätte nicht so ungeheure Summen in diesen Betrieb gesteckt, wenn sie geahnt hätte, daß nun eine völlig andere lautende Bestimmung kommen würde. Das Werk Wolfgang soll von Grund aus zerstört werden. Nicht nur die Gebäude über der Erde, sondern auch die Eisenbahnschienen, Gas- und Wasseranlagen, Kanalisation. (Rufe rechts: Unerhört!) Die Fabrikation von Jaad- und Sportwaffen in Erfurt war mit ausdrücklicher Genehmigung der Kommission aufgenommen worden.

An Maschinen sind bisher 5500 Tonnen im Werte von 8 250 000 Goldmark zerstört worden. An Gebäuden etwa 2½ Millionen Goldmark. Das Reich verliert gewaltige Summen an Steuereinnahmen und muß neue Summen für Arbeitslosenunterstützungen zahlen. Es ist unverständlich, wie denkende Menschen zu solchen Maßnahmen kommen. Die Regierung wird alles tun was möglich ist. Ob die geforderten Maßnahmen durchführbar sind, wissen wir nicht. Die Arbeiter haben nämlich erklärt, sie würden

**jeden niederschlagen, der die Hand gegen die Anlagen erhebt.**

(Hört, hört!) Aber die Entente kennt ja nur ihren Macht-

## Unter falscher Flagge.

Roman von M. Wibt.

(Nachdruck verboten.)

„Volkhardt — sagen Sie? — Aber nein — es ist ja unmöglich. Ich brauche Sie nur anzusehen, um gewiß zu sein, daß es unmöglich ist. Volkhardt ist ja auch wohl hierzulande ein ziemlich häufiger Name?"

„Zu den allerseltensten gehört er wohl jedenfalls nicht. Ich habe im Berliner Adreßbuch neulich eine ganze Menge Volkhardts gefunden. Aber warum fragen Sie das?"

„Weil ich für einen Augenblick an die Möglichkeit dachte, daß — — Aber ich sage Ihnen ja, daß es ganz unmöglich ist. Wir brauchen nicht weiter davon zu sprechen. — Nur weiß ich, wenn ich mir's recht überlege, wirklich nicht, ob ich Ihre Güte in so weitgehendem Maße in Anspruch nehmen darf. Wenn Sie mir zwei oder drei Mark leihen wollten, so könnte ich doch wohl versuchen, mir allein weiter zu helfen."

Doch davon wollte Gerda jetzt nichts mehr wissen.

„Nein, damit würde Ihnen kein Dienst geleistet sein. Schon Ihre Kleidung würde Ihnen ja ein Weiterkommen ganz unmöglich machen. Und auch in unserm Hause darf man Sie nicht so sehen. Ich werde Ihnen einen Mantel und einen Hut holen, so daß die Dienerschaft nichts Auffälliges an Ihnen findet, wenn ich Sie mit mir in mein Ankleidezimmer hinauf nehme, wo wir dann schon aus meinen Sachen einen leidlichen Anzug für Sie zusammenstellen werden. Wir sind ja ungefähr von derselben Größe. Meine Mutter und meine Schwester werden gewiß auch für Sie tun, was sie können."

„Wenn sie Ihnen gleichen, zweifle ich nicht daran, daß sie gut und mitleidig sind. O mein Gott, es ist mir wie ein Traum, daß ich endlich die hilfreichen Menschen gefunden haben soll, um die ich den Himmel so oft in heißen Gebeten angefleht habe. Wie aber soll ich mich Ihnen dankbar erweisen? Was kann ich tun, um — —"

Lächelnd fiel Gerda der Schluchzenden in die Rede.

„Das erste, was Sie tun können und tun sollen, ist, daß Sie hier fein geduldig warten, bis ich zurückkomme. Ich werde mich nach Möglichkeit beeilen."

Das tat sie denn auch wirklich, und schon nach überraschend kurzer Zeit erschien sie wieder mit einer kleinen Handtasche, in der sie auf geschickte Art einen weiten, leichten Seidenmantel, ein Reisehütchen mit dichtem Schleier und ein paar Schuhe untergebracht hatte. Anita streifte ihre vom Staub des Weges arg mitgenommenen weißen Seidenschuhchen ab, um in die mitgebrachten, solideren Stiefelchen zu schlüpfen, legte Mantel und Hut an und machte jetzt ganz den Eindruck einer ordnungsmäßig angezogenen jungen Dame aus besten Kreisen. An Gerdas Seite legte sie den nicht sehr weiten Weg bis zum Schlosse zurück und folgte ihr durch das prächtige Treppenhaus in ihr Zimmer hinauf, ohne daß sie unterwegs genötigt gewesen wären, irgend jemandem Rede zu stehen. Die Pracht und der vornehme Luxus ihrer Umgebung machten unverkennbar einen starken Eindruck auf die Fremde; aber nur Bewunderung war es, was sich in ihren Zügen spiegelte, nicht jenes naive, demütige Erstaunen, das den Armen erfüllt, dem zum ersten Male in seinem Leben bisher ungeahnte Herrlichkeiten zu Gesicht kommen.

„Ein sehr schönes Heim!" sagte sie leise. „Wie glücklich müssen Sie sich darin fühlen!"

Gerda lächelte wohl ein wenig schmerzlich, aber sie sagte nichts, was den Wahn der andern hätte zerstören können, und sie hörte es auch schweigend an, als Anita fortfuhr:

„Sicherlich haben Ihre Vorfahren schon viele Generationen hindurch hier gelebt. Man sieht es ja dem Hause und seiner Einrichtung an, wie ehrwürdig alt diese Vornehmheit ist. Ich kann mich ja an etwas Aehnliches aus meiner eigenen Kindheit erinnern, wenn auch freilich alles einen ganz anderen Charakter hatte. Denn es war in einem alten Palazzo zu Venedig, den wir bewohnten, als meine Mutter noch reich war, und als ihr Ruhm über ganz Europa verbreitet war. Aber ich habe ja versprochen, nie mehr über diese Zeiten und diese Verhältnisse zu reden."

Gerdas vorige Vermutung war also zutreffend gewesen. Diese wandernde Artistin war in einem ungleich besseren Milieu geboren, als es das ihrer letzten Lebensperiode gewesen war. Einen Zweifel in die Wahrheit der Worte zu setzen, die der armen Kleinen erschütternd halb gegen ihren Willen entschlüpft waren, kam Gerda nicht in den Sinn. Alles in ihrer Erscheinung und in ihrem Wesen zeugte ja dafür, daß sie ehrlich und aufrichtig gewesen war. Obgleich sie aus Gerdas vor ihr ausgebreiteten Kleidervorräten das einfachste, nämlich ein Kostüm aus blauem Serge mit weißem Halskragen, ausgewählt hatte, sah sie darin doch so vornehm aus, daß niemand sie für etwas anderes als für eine junge Dame aus der besten Gesellschaft hätte halten können.

„Sie sehen allerliebst aus," flüsterte ihr Gerda ins Ohr. „Meine Mutter und meine Schwester werden ihre Freude an Ihnen haben. Ich habe ihnen bereits in aller Eile das Notwendigste mitgeteilt. Sie können also ohne alle Furcht jetzt mit mir in den Salon gehen, wo Sie bereits erwartet werden."

Trotz dieses ermutigenden Zuspruches klopfte Anitas Herz zum Zerspringen, als sie zögernd die Schwelle des prächtigen Gemaches überschritt, in dem sich Frau Volkhardt und Angela befanden. Aber der gütige Ausdruck auf Frau Volkhardts sanftem, leidendem Gesicht scheuchte ihre Befangenheit rasch hinweg.

Sie trat auf die Dame des Hauses zu, machte ihr eine tiefe Verbeugung und führte die ihr freundlich dargebotene Hand ehrerbietig an die Lippen.

„Ich finde keine Worte, um Ihnen für Ihre große Güte zu danken," sagte sie leise. „Ihr Fräulein Tochter hat mir mitgeteilt — aber, mein Gott, gnädige Frau, fühlen Sie sich nicht wohl?"

Die Frage war dadurch hervorgerufen worden, daß Frau Volkhardt plötzlich mit einem leisen Ausruf in ihren Sessel zurückgesunken war und die Hand, die sie der jungen Fremden entzogen, auf das Herz gepreßt hatte. Wenn sie statt des schönen, lieblichen Mädchens einen schreckhaften Geist gesehen hätte, hätte die Wirkung kaum eine andere sein können.

Aber sie faßte sich schnell, und indem sie sich wieder aufrichtete, sagte sie mit einem freilich noch immer etwas gezwungenen Lächeln:

„Nein — nein — beunruhigen Sie sich nicht, mein Kind! Mir ist ganz wohl. Nur die Hitze nimmt mich ein wenig mit. Sie haben eine merkwürdige Aehnlichkeit mit einem jungen menschlichen Wesen, das ich einst gekannt. Wie ist doch Ihr Familienname? Ich glaube, meine Tochter hat vergessen, ihn mir mitzuteilen."

Das heiße Rot, das in Anitas Wangen aufflammte, war ein deutliches Merkzeichen ihrer Verlegenheit.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0005

standpunkt und wir müssen auf[f]ühren, wozu man uns drängt (?).

Abg. Ersing (Z.) befürchtet weitere Gewaltmaßnahmen der Entente. Aus Rache und Zerstörungswut will man wieder Ruinen herstellen, wie man einst das Heidelberger Schloß niedergelegt hat.

Abg. Hartwig (D. N. V. P.): Die Schuld an diesen Zuständen tragen die Sozialdemokraten, die die Umwälzung herbeigeführt haben. Soll eine solche Politik weitergeführt werden, die zur Vernichtung der Deutschen Werke führte? Von Gegenmaßnahmen der Regierung hat man wenig gehört. Unsere Vernichtung streben alle Gegner an, Frankreich hat sich aber das Henkeramt vorbehalten. Es ist den französischen Staatsmännern eine Lust, in dem zusammengebrochenen deutschen Staatskörper herumzuwühlen. Das deutsche Volk trägt keine Schuld am Kriege.

Abg. Brünninghaus (D. V. P.): Die Feinde wollen keine Verständigung. Den politischen Machthabern an der Seine schwebt heute noch Napoleons Wort vor: „Ich habe Preußen nicht genug geschwächt und Polen nicht stark genug gemacht". Hoffentlich wird die Reparationskommission sich mit den Deutschen Werken beschäftigen. Leider gelingt es niemals, einen einmütigen Protest gegen die Kontrollkommission und die Botschafterkonferenz zustande zu bringen. Wenn die Entente so weiter arbeitet, wird Deutschland vielleicht sterben, aber Frankreich mit ihm. (Beifall.)

Abg. Gothein (Dem.) erklärt: Wenn wir mit den Verhandlungen nichts erreichen, dann müssen wir den

**Schrei vor der ganzen Welt erheben**

gegenüber dem Unrecht, das uns angetan wird. In diesem Protest sollte sich das ganze deutsche Volk vereinigen.

Abg. Brandes (Unabh.) weist auf den Sturm der Empörung bei der Arbeiterschaft hin, der sich erhob, als bekannt wurde, daß die Deutschen Werke zerstört werden sollen.

Abg. Schirmer (Badische V. P.) fordert Veröffentlichung des Materials, das den Beweis liefert, daß Deutschland nicht Schuld am Kriege ist.

Abg. Malzahn (Komm.) bezeichnet die Empörung über die Forderung der Entente als nationalistischen Rummel. (Unruhe.)

**Es folgt die erste Beratung des Besoldungsgesetzes.**

Abg. Lübbering (Soz.) stellt mit Befriedigung fest, daß die Regierung bei der Neuregelung der Besoldungsvorschrift den Anregungen seiner Partei gefolgt ist, daß aber die Beamtenschaft mit der Neuregelung noch nicht befriedigt sei.

Abg. Hölle (Ztr.) spricht die Zustimmung trotz der Mängel der Vrlage aus. Er würde aber demnächst seine Erhebungen bekanntgeben, um die Spannung zwischen Teuerungszunahme und Gehaltserhöhungen auszugleichen.

Nachdem Abg. Vogel (Deutschnat.) ebenfalls seine Zustimmung abgegeben, stimmt

Abg. Moraht (D. Vpt.) angesichts der Notlage der Beamten der Vorlage zu und sieht weiteren Verhandlungen entgegen.

Abg. Frau Zietz (U. S. P.) fordert eine eingehende Besprechung und Durchberatung. Auch sie ist mit der Erhöhung des Grundgehalts einverstanden, meint aber, daß diese Erhöhung in den unteren Gruppen zu niedrig geblieben sei, während sie von Gruppe 11 an kerzengerade in die Höhe steige. Hierin liege eine Ungerechtigkeit.

Nachdem die Abgg. Delius (Dem.) und Bauer (Bayr. Vpt.) eine kurze Zustimmungserklärung abgegeben hatten, begründete

Abg. Pleßner (Komm.) einen Antrag seiner Partei. Er protestiert dagegen, daß die Vorlage sang- und klanglos angenommen werden solle. Dazu enthalte sie zuviel innere Widersprüche.

Ein Vertreter des Finanzministers gibt eine Erklärung dahin ab, daß die Reichsregierung bereit se, den enzelnen Ländern zur Deckung der Anforderungen aus den Besoldungsvorlagen eventl. Vorschüsse zu gewähren. Ebenso sollten diese den Gemeinden Vorschüsse leisten.

Die unabhängigen und kommunistischen Anträge werden gegen die Stimmen beider Parteien abgelehnt.

Freitag: Anfragen, Notstandsvorlage, 2. und 3. Lesung der Besoldungsvorlage und Interpellation über Getreideverschiebung und Preiswucher.

## Eine Protest-Abordnung bei Nollet.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wird gegen den drohenden Eingriff der Entente in die Deutschen Werke durch eine Abordnung von Arbeitern beim General Nollet protestieren. Diese Abordnung wird namentlich betonen, daß die deutschen Arbeiter am ersten in der Lage sein würden, eine etwaige Umstellung der Betriebe für irgendeinen von der Entente befürchteten Zweck zu verhindern. (Daß wissen die Franzosen selbst, deshalb suchen sie den Arbeiterboche doch zum Verhungern zu bringen.)

# Preußischer Landtag

## Die große Koalition.

Berlin, 11. November 1921.

Am Regierungstisch: Braun, Amzehnhof, Severing, v. Richter, Wendorf, Siering und Boelitz. Präsident Leinert erteilt sofort dem Ministerpräsidenten das Wort.

**Ministerpräsident Braun**

stellt das neue Kabinett vor. Er teilt mit, daß für den Posten des Wohlfahrtsministers der Abg. Hirtsiefer (Z.) in Aussicht genommen ist. Sie werden, so fährt der Minister fort, von mir ein ausführliches Regierungsprogramm erwarten. Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgetragenen Regierungsprogrammen noch ein viertes hinzuzufügen. Die Situation, in der sich unser Land befindet, heischt nicht Worte, sondern Taten. Ich werde mich deshalb nur auf eine Darlegung der allgemeinen Richtlinien beschränken, die für die Politik des neuen Kabinetts gelten sollen, eines Kabinetts, das seine Arbeit in schwerer Zeit aufnimmt, da die Faust des Siegers mit unverminderter Wucht auf uns lastet. Der schwerste Schlag aber ist Preußen durch die Entscheidung über Oberschlesien versetzt worden. Die unheilvolle Folge dieses ungerechten, mit dem Friedensvertrag nicht im Einklang stehenden Machtspruches, treten in der deutschen Wirtschaft bereits in Erscheinung. Noch ist keine Deckung für den Fehlbetrag des laufenden Etats gefunden. Trotz aller Sparsamkeit bringt jeder Tag neue Anforderungen. Soll es unter diesen Umständen gelingen, den Staatshaushalt zu balanzieren, dann muß die Steuerkraft unseres Volkes weiter angespannt und vor allem der Besitz nach Maßgabe der von der Reichsgesetzgebung den Ländern gelassenen Besteuerungsmöglichkeit in vollem Umfange seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden.

Auch ist eine größere Selbständigkeit der Finanzen des Staates und der Gemeinden anzustreben, die nur durch Erschließung ausreichender Einnahmequellen erreicht werden kann. Diese Einnahmequellen können aber nur ergiebig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Der Ministerpräsident kündigt weitere Maßnahmen an zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Sicherung und zum Ausbau der sozialen Gesetzgebung, gegen wucherische Preistreibereien und für die Jugenderziehung in den Schulen. Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es, so fährt der Ministerpräsident fort, sein, die Verfassung zu sichern und zu befestigen. Notwendig ist eine gedeihliche Zusammenarbeit der Regierungen in Preußen und im Reich.

Das Bestreben mehr Festigkeit und Sicherheit in die preußische Regierung zu bringen, war das treibende Mittel für die Schaffung der großen Koalition. Daß es gelungen ist, die Arbeitsgemeinschaft der 4 Parteien zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß die Parteien gewillt sind, eine Einheitsfront aller derer zu bilden, die den Glauben an einen Wiederaufstieg unseres Volkes nicht verloren haben und die unser Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren gewillt sind. Mit bestem Willen gehen wir ans Werk, zu dem wir die Mitarbeit des Hauses erbitten. (Beifall rechts und in der Mitte, Widerspruch und Zischen links.)

Abg. Hausschild (Soz.) (Infolge der starken Unruhe auf der äußersten Linken schwer verständlich): Die Erklärung des Ministerpräsidenten findet die Billigung meiner Fraktion.

Abg. Herold (Z.): Wir haben vor allen Dingen gewünscht, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden. Zum Schutze der wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen wir einer aktionsfähigen Regierung; wir sind von jeher für eine große Koalition eingetreten. Die Zusammensetzung des Ministeriums entspricht zwar nicht ganz unseren Wünschen, im Interesse der Koalition abe rhaben wir Opfer gebracht, in der Hoffnung, daß die Koalition erfolgreich zum Wohle des Vaterlandes arbeite.

Abg. Dr. v. Krause (D. V. P.): Der Sinn der nunmehr gebildeten Arbeitsgemeinschaft ist zweifellos der, daß sie die Parteien verhindert, weiterhin gegeneinander zu arbeiten. Daß hierbei die Forderungen der einzelnen Parteien zurücktreten müssen ist selbstverständlich. Als Arbeitsgemeinschaft muß die Koalition unermüdlich an dem arbeiten, was sich die Parteien besonders vorgenommen haben. Wem das Wohl des Vaterlandes über alles geht, der muß für die verbreiterte Koalition eintreten. Das ist vaterländische Pflicht. Die Bildung einer extremen rechten oder linken Regierung würde nicht im Interesse des Vaterlandes liegen."

Nach den Ausführungen des Kommunisten Meyer (Ostpreußen) wird die Aussprache abgebrochen. Freitag Fortsetzung der Besprechung.

## Pressestimmen zur Regierungserklärung.

Die von dem Ministerpräsidenten Braun vorgetragenen Richtlinien der großen Koalition in Preußen bezeichnet der „Lokalanz." als so allgemein gehalten, daß sie mit geringfügigen Veränderungen ebensowohl in der Erklärung einer deutschnationalen oder einer unabhängigen Regierung stehen könne. Ihre richtige Beleuchtung würde sie erst durch die Taten der Regierung Braun erhalten. — Die „Deutsche Allgem. Ztg." schreibt: Der Weg den Preußen jetzt beschritten hat, zeigt den festen Willen zur Zusammenarbeit. Er birgt eine gewisse Sicherheit in sich, daß wenigstens en ernster Versuch gemacht werden soll, gemeinsam auf das große Ziel hinzukämpfen, das auch Herr Braun als das seines Kabinetts hinstellte: Das Wohl des Volksganzen.

# Politische Rundschau

## Die Liquidierung der deutschen Länder.

Der sächsische Ministerpräsident Buck erklärte aus Sparsamkeitsrücksichten werde man in nicht allzu langer Zeit zur Liquidierung der deutschen Bundesstaaten und zum Einheitsreiche (?) kommen. Sachsen habe unter allen Bundesstaaten die schwierigsten Verhältnisse, noch immer entfielen auf Sachsen 28 Proz. aller Erwerbslosen. Die unabhängigen Minister hätten seit ihrem Eintritt in die Regierung eine wesentlich andere Ueberzeugung vom Regieren bekommen als früher. Der sächsischen Regierung werde das Arbeiten durch die vielseitigen Angriffe von rechts und links erschwert. Der Landtag habe der Regierung die Verpflichtung zum Abbau des Beamtenheeres auferlegt; in Sachsen gebe es zurzeit 17 000 Staatsbeamte, 16 000 Lehrer und über 14 000 Staatsarbeiter. Die Genossen unterstützen die Regierung viel zu wenig, übten im Gegenteil öffentliche Kritik an den Maßnahmen der Regierung, statt es im stillen Kämmerlein zu tun. Dadurch werde die Autorität der Regierung immer mehr untergraben. Im übrigen sprach der Minister die Hoffnung aus, daß bis 1925, bis zur 50jährigen Wiederkehr des Gedenktages der sozialistischen Vereinigung in Gotha, sich die sozialistischen Parteien wieder zusammenfinden würden.

**Das eigene Verkehrsbüro des Auswärtigen Amtes.**

Von Seiten des Zentrums ist eine kleine Anfrage im Reichstage eingebracht worden. Es heißt darin: In interessierten Kreisen wird erklärt, daß das Auswärtige Amt durch das ihm angegliederte Verkehrsbüro sämtliche Fahrkarten seiner Beamten über die Hapag besorgen lasse. Erfahrungsgemäß gibt jede Reederei ihren größeren Abnehmern besondere Rabatte. Sind solche Rabatte vom Verkehrsbüro des Auswärtigen Amts bezogen worden? Wenn ja, wohin sind diese Vergütungen geflossen?

**Beisitzer des Staatsgerichtshofes.**

Der Reichstag hat folgende Abgeordneten als Beisitzer in den Staatsgerichtshof entsandt: Dr. Spahn (Zentr.), Dr. von Dehlbrück, (Dntl.), Dr. Kahl (DVP.), Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) und als Stellvertreter des Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), Schultz-Breslau (Zentr.), Dr. Düringer (Dntl.), Dr. Wunderlich (DVP.), Dittmann (USP.).

**Zur Aufhebung des Bußtages in Thüringen.**

Zur Aufhebung des Bußtages wird der Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland geschrieben: Der Bußtag war für Sachsen-Weimar-Eisenach überhaupt kein gesetzlicher Feiertag. Er steht auch nicht im Ausführungsgesetz (zum Bürgerlichen Gesetzbuch) für Sachsen-Weimar-Eisenach. Er wurde nur jedes Jahr durch ministerielle Verordnung neu bestimmt. Die Regierung brauchte nur keine Verordnung herauszugeben, dann war die Angelegenheit gesetzlich geregelt.

# Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

## Neue Valutabaisse.

**Berlin, 10. Nov.** Der Dollar bleibt maßgebend für die Beurteilung der Lage. Da er heute über Erwarten schnell wieder über 20 *M* oder 500 Proz. bis auf 273 *M* emporschnellte, traten die unerfreulichen Eindrücke mehr und mehr wieder in den Vordergrund. Auch der holländische Gulden stieg von 87 *M* auf 93½ *M*, das englische Pfund von 983 auf 1065 *M*. Gleichzeitig lauten die von den heutigen europäischen Auslandsbörsen vorliegenden Markkurse neuerdings niedriger, nachdem auch in Newyork gestern die Erholung der Mark bis zu 0,42 Cent gleich 1.76 ₰ für die Mark sich nicht bis zum Schlusse hat aufrechterhalten lassen. Dabei stellten sich diese Markkurse noch unter hiesige Parität. Die Spekulation, die gestern ziemlich erhebliche Beträge blanko abgegeben hatte, schritt daher zu Rückkäufen, zumal trotz augenblicklicher Beruhigung die Gefahr weiterer Zahlungsverlegenheiten infolge verlustreicher Baisse-Engagements in Devisen fortbesteht, und die allgemeine Unsicherheit noch verschärft. Mit besonderer Spannung und sehr gemischten Gefühlen sieht man den Entschließungen der Reparationskommission entgegen, über deren Aufgaben und Absichten für den Berliner Aufenthalt namentlich in der französischen Presse die widerspruchsvollsten Meldungen auftauchen. Jedenfalls ist die Hoffnung auf nennenswertes Entgegenkommen und wirkliche Erleichterungen von dieser Seite schnell auf einen Tiefpunkt gesunken. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautete an der heutigen Börse, daß eine Kontrolle unserer Finanzgebahrung und namentlich auch der Steuereingänge durch Ententedelegierte vorgesehen sei, und daß die Aktiengesellschaften gehalten sein sollen, vor Festsetzung und Ausschüttung der Dividenden einen bestimmten Prozentsatz des Gewinnes zur Verfügung dieser Finanzkontrolle zurückzustellen. Die Effektenbörse, die heute wieder Vollverkehr hatte, war angesichts der schnellen Befestigung der Devisen nicht so schwach, wie es gestern noch der Sturz des Dollars und der anderen Wechsel und Notenkurse hatte erwarten lassen. Das Publikum war zwar ängstlicher geworden, hatte viele Verkaufsaufträge gesandt, aber die berufsmäßige Spekulation nahm schon wieder Deckungskäufe vor, trotzdem sind Kursrückgänge von 50 bis 200 Proz. und auf dem Kassemarkt noch größere Gewinne zu verzeichnen. Indeß enfehlten auch neue Steigerungen nicht ganz, wie überhaupt das Angebot nicht drängend war.

# Turnen, Spiel und Sport

**Nachklänge zur Spielplatzweihe des Sportvereins 99.**

Nur langsam gehen die Wogen der Erregung über die am vergangenen Sonntag erfolgte Weihe der neuen Platzanlage des Sportvereins 99 wieder zurück; allenthalben in Sportskreisen und weit über die Grenzen unseres Stadtgebietes hat der 6. November den Namen Merseburg auf die Lippen gebracht und besonders das 3:3-Ergebnis gegen Fortuna-Leipzig (Liga) erregt allgemeines Aufsehen. Zweifellos ist ja auch dieses Unentschieden ein großer Erfolg für unsere 99er, die hoffentlich diese gute Form auch auf die Verbandsspiele übertragen. Oder sollte der Erfolg davon abhängig gewesen sein, daß die hiesige Firma Käther einen ihrer bekannten Rekord-Bälle zum Spiel gestiftet hatte? Fast scheint es so, denn auch die erste Jugendmannschaft, die mit einem von der Firma Kundt überreichten Hirsch-Ball spielte, konnte ebenfalls recht günstig abschneiden (4:0 gegen Sp.-V. Viktoria 96-Magdeburg). Wie dem aber auch sei — der schönste Erfolg ist und bleibt doch die herrliche Anlage selbst, die uns der Sportverein 99 mit seinem Platz an der Halleschenstraße geschenkt hat.

Wie wir hören, wird das nächste Spiel auf dem neuen 99er Platz am kommenden Mittwoch (Bußtag, 16. November) stattfinden. An diesem Tage ist das entscheidende erstklassige Verbandsspiel zwischen Sportbrüder Halle und Sportverein 99 unter Leitung von Hohl-Halle angesetzt. Wir kommen darauf zurück.

Verantwortliche Redaktion: Politik örtl. und prov. Teil: Dr. Hablo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

**Gewinn-Auszug**

der

**18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie**

5. Klasse. 23. Ziehungstag. 9. November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

**In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:**

4 zu [illegible]0000 M 152701 248278

26 zu 5000 M 75444 138565 169144 183078 195990 202641 246408 2551[illegible] 256650 272158 284146 298139 298876

150 zu 3000 M 2481 14024 16[illegible]5 25481 3[illegible]666 40168 41945 46831 49289 64834 56947 63432 659[illegible]8 75660 76813 80773 82825 83[illegible]82 93243 1105[illegible]6 110372 11[illegible]330 115204 116876 120054 122929 125873 126293 139744 14[illegible]025 141688 142756 148829 153480 153520 155[illegible]88 169313 172329 172856 1755[illegible]0 177438 179845 181202 185443 19[illegible]808 199038 201927 203701 204570 208101 208705 209956 219810 232450 233541 2[illegible]74[illegible]1 238261 2[illegible]8435 245180 2[illegible]8050 250659 255460 255597 257786 258125 260254 269052 273259 276845 282830 283808 284789 288154 291350 294328

382 zu 1000 M 4129 4914 6424 6829 7510 12293 12732 13252 13659 13845 16682 18549 19751 21229 24125 24849 27566 31000 31575 3[illegible]247 32500 37362 37747 42146 4224[illegible] 42852 43544 45056 45899 47328 54[illegible]77 56013 59287 61222 62841 63827 64611 64727 69746 [illegible]9788 71[illegible]06 71280 72569 73128 73741 776[illegible]6 78023 79576 80768 82928 83791 84814 85027 8[illegible]411 86257 83917 91595 93092 93695 93189 93653 94962 95189 96307 98439 9[illegible]534 103112 106919 109555 109770 110364 111364 11288[illegible] 113243 114[illegible]58 115234 1182[illegible]5 121759 1231[illegible]6 123505 123724 124839 125949 127454 131483 1335[illegible]9 134821 137116 137581 137635 139348 1408[illegible]7 143676 145558 145[illegible]47 14[illegible]839 151031 151525 153282 153666 153995 155363 157444 157935 15894[illegible] 159215 161950 16[illegible]083 163684 164594 166007 168213 168385 168428 170767 172573 173246 176792 177531 1803[illegible]9 181479 181906 1887[illegible]7 19224[illegible] 193788 194348 194838 195746 196193 200968 201627 202384 206334 209384 2[illegible]1857 2[illegible]21[illegible]3 212216 212262 214374 220984 230000 231273 232526 235040 23[illegible]664 240314 241841 242047 242236 242699 243870 244463 245470 248147 2493[illegible] 2506[illegible]0 252649 254938 26035[illegible] 261558 262408 262766 263546 264869 264950 265139 267327 269699 270187 270703 2712[illegible]3 273571 275889 276121 276908 277[illegible]68 28043[illegible] 281471 282096 282146 282604 284710 287062 289148 293536 2948[illegible]6 [illegible]96517 297868 297977 298074 299019

**In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:**

2 zu 600000 M 101734

2 zu [illegible]0000 M 90267

2 zu [illegible]6000 M 1[illegible]3579

38 zu 5000 M 14487 24861 35701 71707 93179 124121 139377 141036 155814 155965 204107 219016 2227[illegible]5 237697 240799 24[illegible]024 247035 270[illegible]51 294092

112 zu 3000 M 8950 19862 35564 378[illegible]3 39825 44221 46793 47655 56658 60[illegible]59 64254 77550 84098 89307 94581 99[illegible]63 101602 106382 120352 120751 128992 131567 142245 143436 148427 158902 164025 166[illegible]40 166907 16[illegible]680 168049 17[illegible]583 174[illegible]69 176227 1[illegible]8376 188972 191696 20323[illegible] 20[illegible]830 206941 213301 2136[illegible]1 218714 234057 234322 [illegible]37945 238913 24[illegible]067 243619 25[illegible]243 253083 257683 2[illegible]3490 27597[illegible] 284843 296914

414 zu 1000 M 14 157 430 1123 2554 4013 4821 7064 12676 13146 15264 16836 16679 21727 21809 24372 24932 29857 31061 31331 319[illegible]6 3[illegible]807 340[illegible]3 34304 34[illegible]46 34372 363[illegible]6 3[illegible]796 394[illegible]8 42050 4[illegible]767 45880 46299 464[illegible]6 47633 50267 52806 56245 56438 58296 62913 [illegible]4321 64445 70327 7079[illegible] 70896 75429 77483 77777 7780[illegible] 7976[illegible] 79760 [illegible]0464 81024 81746 84130 86730 86930 87535 8767[illegible] 877[illegible]1 89243 89427 89734 91136 91680 92530 93688 94[illegible]64 [illegible]787[illegible] 99532 1023[illegible]1 102[illegible]65 [illegible]02740 105321 105451 105244 107484 10853[illegible] 109416 109453 109954 110995 1[illegible]4475 116202 116807 11757[illegible] 119[illegible]84 122039 122085 122104 123772 12395[illegible] 126742 126828 126978 128534 12992[illegible] 131563 13[illegible]031 1347[illegible]7 135153 135554 135596 139821 141357 141547 142014 [illegible]44670 147991 149394 151478 152072 152390 152446 153232 153710 15394[illegible] 154968 155640 156749 157315 157372 157547 158216 159506 162058 162978 164934 165838 166417 167365 168295 169192 169699 170660 174875 17490[illegible] 17[illegible]09 175977 175993 17[illegible]629 177434 1795[illegible]9 181045 183888 184062 188546 191739 195441 195590 195648 198389 199861 199991 200820 20102[illegible] 202498 202790 [illegible]09[illegible]70 212953 216443 217714 220238 220803 221498 223610 2[illegible]6825 2[illegible]7107 22783[illegible]0 229803 231433 232627 233573 235984 236853 238366 238652 2388[illegible]6 241713 24[illegible]473 246009 249164 250771 260813 254784 255918 255947 257[illegible]76 259691 261098 2616[illegible] 262219 264156 273105 273456 279353 280824 281235 281916 282118 282816 286[illegible]87 289306 295[illegible]35 298975 299977

**Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeldlichen Einsicht ausliegen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919211111-15/fragment/page=0006